

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1927

45 (23.2.1927)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Nußkumde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Verlagspreis: halbjährlich 1.15 M mit 1 M ohne Zustellung. Einzelpreis 10 P. Sonntags 15 P. — Anzeigen: die einsp. Kolonelle 28 P. Restliche 1 M. Annahmefrist 8 Uhr vorm. Postfach Karlsruhe 2650.

Ausgabe: Freitag mittags. Geschäftsstelle: Redaktion: Rufstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Schriftleitung: Georg Schöpslin; für die Redaktion verantwortlich: Hermann Kadel; für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Druck und Verlag der Verlagsdruckerei Volkstfreund G. m. b. H., sämtlich in Karlsruhe.

Die deutsch-russischen Beziehungen

Berlin, 22. Febr. (Eig. Draht.) Am Mittwoch vor- mittag tritt der Auswärtige Ausschuss zu einer Sitzung zusam- men, auf deren Tagesordnung der deutsch-russische Handelsvertrag und als zweiter Punkt die deutsch- russischen Beziehungen stehen. Zur Vorbereitung der Verhandlungen dieses zweiten Gegenstandes hat der Reichs- kanzler Dr. Marx im Laufe des Dienstags nachmittags meh- rere Besprechungen mit Parteiführern gehabt. Er empfing zunächst die Sozialdemokraten, dann in gemeinsamer Bespre- chung die Führer der Regierungsparteien und im Anschluß daran die Demokraten. Da es sich um eine wichtige Ange- legenheit handelt, dürfte in der Mittwochsitzung des Auswärti- gen Ausschusses Staatssekretär v. Schubert nicht allein in Vertretung des gegenwärtig im Ausland weilenden Reichs- auswärtigen Ministers seinen, man erwartet vielmehr, daß auch Reichswehrminister Dr. Götter an der Sitzung teilnehmen wird.

Es ist bezeichnend, daß am Dienstag nachmittag von offizieller Seite Verhandlungen mit den Parteiführern über Rheinlandfragen angekündigt wurden, obwohl man von vornherein Besprechungen über die deutsch-russischen Beziehungen ins Auge gefaßt hatte. Hier handelt es sich keineswegs um eine Verwechslung, sondern um eine bewußte Verdrängung. Sie läßt erkennen, welche Einstellung die Regierung auch in Zukunft zu den Enthüllungen über die russische Politik in der Theorie und in der Praxis ein- zunehmen gedenkt. Es muß deshalb verlangt werden, daß die amtlichen Stellen mindestens im Auswärtigen Ausschuss endlich über ihre Beziehungen zu Sowjet- rußland bis in die jüngste Vergangenheit hinein klaren Wein einjensehen. Die bisherige Zurück- haltung ist keineswegs länger zu ertragen. Sie läßt sich auch nicht mit der Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu Sowjetrußland entschuldigen. In Deutschland bestehen Gott sei Dank andere Verhältnisse als in Rußland. Es gibt hier noch ein Parlament, das ein Anrecht hat, um über Budgetfragen, um die es sich schließlich bei der fraglichen Angelegenheit handelt, Aufklärung zu ver- langen. In Sowjetrußland ist davon keine Rede. Aber letzten Endes dürfte es nicht schwer sein, auch den Sowjets klar zu machen, daß sich die Reichsregierung bei einer öffentlichen Stellungnahme zu den deutsch-russischen Be- ziehungen in einer gewissen Zwangslage befindet. Die bisherige Zurückhaltung der Reichsregierung läuft auf nichts anderes hinaus als auf eine Unter- schiebung der deutschen Kommunisten. Ihre verlogene Taktik will man durch eine offizielle Erklärung nicht gefährden und das im Interesse des Kommunismus überhaupt liegt, tut man an offizieller russischer Stelle so, als ob es sich bei einer klaren Stellungnahme Deutschlands zu der Lieferung von Sowjetgranaten um eine Gefährdung der deutsch-russischen Beziehungen han- delte. Will sich die Reichsregierung auf diesen Schwübel noch länger einlassen, nur um den deutschen Kommunisten einen Dienst zu erweisen? An der Tatsache, daß die Granaten geliefert worden sind, wird trotz- dem auch durch dieses deutsch-national-volksparteilich-kom- munistische Bündnis nichts geändert.

Gründungsfeier des Reichsbanners

Berlin, 22. Febr. (Funkdienst.) Das Berliner Reichsbanner veranstaltete am Dienstag anläßlich des Gründungs- festes des Reichsbanners in der Stadthalle eine eindrucksvolle Kund- schau, an der mehrere Tausend Personen teilnahmen. Es fiel allgemein auf, daß sich an dieser Kundgebung auch die Kom- mandeure der Berliner Schutzpolizei die Obersten Haupt und Seimannsberg beteiligten. Außer dem jetzigen Gauvorsitzenden von Berlin, Eiers, sprach u. a. der Vorsitzende der Windhocht- stände, Dr. Krohne, der u. a. ausführte: „Solange nicht auch die Arbeiterpartei gleichberechtigt dem Volksganzen eingeordnet ist, darf unser Werk nicht ruhen, solange wollen und werden wir zusammenleben.“ (Lebhafter Beifall.) Der Demokrat- Festabend feierte dann noch den „Trommler der Republik“, Otto Söfner. Am nächsten Tag wird die Kundgebung ihr Ende.

Pleite der Völkischen

Berlin, 22. Febr. (Funkdienst.) Die Deutsch-völkische Frei- heitspartei geht immer mehr ihrer ursprünglichen Bestimmung ent- fernen. Erst vor wenigen Tagen sind die Abgeordneten Graf Reventlow und Rube von dieser Partei ausgeschlossen. Jetzt teilt die Deutsch-völkische Freiheitspartei mit, daß sich auch der Uda. Stöber von ihr getrennt hat und zu den Natio- nalsocialisten übergetreten ist. Der Herausgeber des völkischen „Sammer“ ist inzwischen ebenfalls aus der Reichsleitung der Freiheitspartei ausgeschlossen.

Eine Verwechslung

Von zuständiger Stelle wird uns mitgeteilt: „Die von der völkischen Zeitung“ am letzten Samstag gebrachte Nachricht über einen angeblichen Unfall des Kraftwagens des Reichs- finanzministers Dr. Kötter ist infolgedessen unzutreffend, als es sich um den Kraftwagen des preussischen Finanzministers Dr. Dopfer-Aichhoff, und nicht um denjenigen des Reichs- finanzministers handelt. Reichsfinanzminister Dr. Kötter war zu jener Zeit nicht beim Schiffsbau in der Elbe in Weimarswald, sondern bei den Staatsberatungen im Reichstag.“

Um die Verbilligung der Roggenpreise

Eine sozialdemokratische Interpellation

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat die Aufgabe übertragen bekommen, einen Reichskommissar für die Deutsche Getreide-Handels-Gesellschaft zu entsenden, der be- züglich ist, ferner die Käufer der Gesellschaft einzusehen und Auskunft in allen geschäftlichen Angelegenheiten zu verlangen. Der Reichskommissar hat sich bei dieser Wahrnehmung der öffentlichen Interessen davon leiten zu lassen, den Preis für Roggen nach Möglichkeit so zu halten, daß er im Verhältniß zum Preis des deutschen Weizens bleibt, die Be- haltung des leichten Bodens sichert und die Ernährungsover- hältnisse nicht gefährdet. Ist das letztere der Fall, insbeson- dere weil die Roggenpreise eine durch die Weltmarktlage nicht gerechtfertigte Preis-Steigerung erfahren haben, so hat der Reichskommissar das öffentliche Interesse besonders wahr- zunehmen und auf die Senkung der Preise hinzuwirken.

Diese Erwählung ist nicht erfolgt. Ueber die heutige Preissteigerung hinaus ist noch eine weitere Roggen- und Brotteuerung zu erwarten. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat deshalb eine Interpellation eingebracht, in der die Reichsregierung um baldige Auskunft ersucht wird: 1. Ueber das Geschäftsgeschehen der deutschen Getreide-Hand- els-Gesellschaft seit ihrer Gründung bis zum Tage der Bericht- erstattung. 2. Wann, in welcher Höhe und für welche Zwecke der Kredit des Reiches in Anspruch genommen wurde. 3. Wann und in welcher Höhe sich die Besondereinräumungen der deutschen Landwirte, die deutsche Schiffbau-Gesellschaft und das deutsche Kapital mit dem vorerwähnten Stamm- kapital beteiligt haben und 4. über die durch das Geschäft vor- geschriebene Tätigkeit des Regierungskommissars, im besonderen soweit sie darin besteht, auf eine Verbilligung des Roggen- preises hinzuwirken.

Schredensherrschaft in Schanghai

Meuterei chinesischer Kanonenboote

London, 21. Febr. (Eigener Bericht.) Außenminister Chamberlain erklärte am Montag im Unterhaus, daß in Schanghai neue gemeinsame Anordnungen durch die Streitenden hervorgerufen worden seien. Es kann nach den hier vorliegenden Nachrichten kein Zweifel darüber bestehen, daß der chinesische Polizeipräsident von Schanghai, Wu-Po- Tsheng, ein Untergeneral des Marschalls Sun, in den beiden letzten Tagen in der Stadt ein wahres Schreckensregime ein- geführt hat. Eine große Zahl von Personen, deren nichts anderes als Streifenfestsitzen und die Verteilung von Flugzetteln zur Last gesetzt werden konnte, wurde von den Militärkommandos verhaftet und standrechtlich ohne jedes ge- richtliche Verfahren enthauptet. Tausende haben sich in das Gebiet der internationalen Konzeptionen geflüchtet, wo sie isoliert mit der Fühnung des Streiks verurteilt sind, von den ausländischen Freiwilligen verhaftet wurden. Der chinesische Polizeipräsident von Schanghai fordert ihre Auslieferung. Trotz dieses Terrors und der teilweiseen Missetate von Arbeitern zur Arbeit hat sich am Montag die Anzahl der Streikenden gegenüber Samstag verdreifacht.

Schanghai, 22. Febr. Die vor Schanghai liegenden Kriensschiffe Sun Tshuanfangs und der Marschälle haben am Montag und heute nachmittag um 5 Uhr (Der Zeitunterschied zwischen Berlin und Schanghai beträgt 6 Stunden) das Feuer auf die Botschaft der Schanghai eröffnet. In der Fremdenkolonie herrscht fürchterliche Panik. Ein großer Teil der Europäer sucht Zuflucht auf den fremden Kriegsschiffen. Das Fremdenkorps ist alarmiert. Die Kanalarbeiter sind eingeschlossen, die Fremdenbestimmung mit Waffengewalt zu verteidigen.

Pensionstärkungsgesetz

Ein Vorschlag der sozialdemokratischen Fraktion

Berlin, 22. Febr. (Funkdienst.) Dem Reichstag ist am Dienstag abend das von der sozialdemokratischen Fraktion angekündigte Pensionstärkungsgesetz zugegangen. Der Entwurf behandelt zunächst die Erlassung der Privateinkom- men. Unberücksichtigt soll das Privateinkommen bei der Kür- zung bleiben bis zur Höhe des Betrages, der dem Gehalt der Eingangsstufe der Besoldungsgruppen A 10 entspricht. Das Ansehen ein schließlich des Steuerzuschlages soll um die Hälfte des Betrages gekürzt werden, bei dem das Privatein- kommen das Kürzungsfreie Privateinkommen übersteigt. Als Pensionshöchstbetrag werden in den Entwurf 12000 Mark jährlich festgesetzt. Das Republikanischgesetz soll dahin geändert werden, daß im Falle der Erteilung auf Gefährdung oder Festsetzung zugleich auf Verzicht der besetz- ten öffentlichen Ämter, bei Militärpersonen auf Dienst- entlassung, sowie den sämtlichen oder teilweise, den dauernden oder zeitweiligen Verzicht des Gehalts, Weisens oder Ruhestands zu erkennen ist.

Landfriedensbruchprozeß

Hamburg, 22. Febr. Nach mehrwöchigen Verhandlungen im Wilhelmshurger Prozeß wegen Landfriedensbruchs, dem ein Zusammenstoß zwischen Mitgliedern des Roten Front- kämpferbundes und des Stahlhelms zurunde lag, beurteilte das Gericht ein Angeklagter zu je drei Monaten, einen jugend- lichen Angeklagten zu einem Monat Gefängnis; ein bereits vorhergeurteilter Angeklagter erhielt drei Monate, drei weitere Angeklagte wegen schweren Landfriedensbruchs je sechs Mo- nate Gefängnis. Sehn Angeklagte wurden freigesprochen.

Ventile auf!

Seitdem die Bürgerblockregierung am Ruder ist, sieht es so aus, als ob die maßgebenden Stellen ganz vergessen haben, daß es in Deutschland ein ungeheures Massenar- beitslosenselend gibt. Dieses Massenarbeitslosenselend ist das Kardinalproblem der deutschen Sozialpolitik. Nichts rührt sich aber bei der Bürgerblockregierung, um diesem Elend auf den drei von den Gewerkschaften gewiesenen Wegen mit neuen kräftigen Maßnahmen zu begegnen. Alles steht — in der Arbeitsbeschaffung, in der Wohnfrage und in der Arbeitszeitverbesse- rung.

Als vor einigen Wochen die Arbeitslosenziffer sprunghaft wieder in die Höhe ging, bekam es das Reichsarbeitsministerium etwas mit der Angst zu tun; man sprach von einer „Erweiterung der Ar- beitsbeschaffung“. Jetzt sieht es aber ganz so aus, als ob man sich mit einer Vermehrung der Aufträge der Reichsbahn und etwas verstärktem Straßenbau zu- nächst zufrieden geben will. Auch mit dem Reichsernäh- rungsministerium führt das Reichsarbeitsministerium zurzeit Besprechungen über die Arbeitsbeschaffung. Das ist so ziemlich alles. Noch ein paar Tröpfchen auf den heißen Stein!

Weil in der Arbeitsbeschaffungsfrage nicht viel zu er- warten ist, hat die Arbeiterchaft mit dem Beginn des neuen Jahres den Kampf um die Stärkung der Kauf- kraft der Massen durch Erhöhung der Löhne und die Eindämmung der Ueberfordnungsdehne durch Arbeits- zeitverkürzung auf der ganzen Linie eingeleitet. Hals- starrig und unmagiebig steht von einigen weißen Ra- den abgesehen, das Unternehmertum den Lohnforderun- gen der Arbeiterchaft gegenüber. Was die Schieds- sprüche zur Lohnerrhöhung die jetzt gebracht haben, reicht nicht entfernt aus, um der Teuerungswelle zu be- gegnen, die bereits im Anzug ist. Kommt es zu der Freigabe der gewerblichen Räume, so wird sich die enorme Steigerung der Mieten für Läden und Geschäftsräume in verhältnismäßig kurzer Zeit in einer scharfen Preis- steigerung zu Lasten der breiten Massen auswirken. Zu dieser Last soll dann noch die Steigerung der Wohnraum- mieten hinzukommen. Selbst wenn nun diese Neube- lastung tatsächlich durch eine Lohnbewegung aufgefangen werden würde — wovon bei den Verteilungsnutzen der bisherigen Lohnerrhöhungen absolut nicht die Rede sein kann — dann ist doch immer nichts für die seit Jahren von allen einsichtigen Volkswirtschaftlern gepredigte und so bitter notwendige allgemeine Hebung der Kauf- kraft der Massen getan. Diese Hebung der Kauf- kraft ist aber nun einmal nach wie vor eine der stärksten Waffen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die paar Millionen, die um die Weihnachtzeit für die Beamten und Staatsarbeiter bewilligt wurden, haben es drastisch gezeigt.

Schließlich wie in der Arbeitsbeschaffung und wie in der Lohnfrage ist das Verlagen der Bürgerblockregie- rung beim Arbeitszeitproblem. Noch immer ist der Kuhhandel um den Notgesetzerstag nicht abgeschlossen. Am Montag nachmittag trat abermals der Unterausschuss des interfraktionellen Ausschusses der Bürgerblockfraktionen zusammen, um diesen Kuhhandel abzuschließen. Die Herrschaften können sich nicht einigen. Noch ist die Notgesetvorlage nicht beim Reichstag be- raten worden. Am Dienstag soll der Etat des Arbeits- ministeriums im Reichstag an die Reihe kommen. Will der Reichsarbeitsminister auch dann noch nicht der Ver- antwortlichkeit sagen, wieder von dem Notgesetz der Gewerkschaften im Notgesetz der Regierung übrig geblieben ist? Die Arbeiterchaft hat im Kampf um die Arbeitszeitver- kürzung den Helm zum Sturm fester gebunden. Die Kraftprobe zwischen den Arbeitnehmern und Unterneh- mern der sächsischen Metallindustrie zeigt, daß in der Ar- beitszeitfrage bereits ein Guerillakrieg mit aller Schärfe eingeleitet hat. Ueberall in Deutschland, bald in dem einen, bald in dem anderen Industriezweig, wird dieser Guerillakrieg aufflammern, denn der Kampf um die Ver- kürzung der Arbeitszeit kann nicht eher aufhören, bis eine fühlbare Entlastung auf dem Arbeitsmarkt einge- treten ist.

Verstärkte Arbeitsbeschaffung, höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit! Will die Bürgerblockregierung den unge- heuren Druck auf dem Arbeitsmarkt verschärfen? Will sie die Ventile schließen statt öffnen? Will sie schon vor den kommenden Wahlen in die Luft fliegen?

Branntweinsteuererhöhung abgelehnt

Berlin, 22. Febr. Der Arbeitsausschuss des Reichswirt- schaftsrates zur Beratung der Erhöhung der Branntweinsteuer hat gestern die Vorlage behandelt und ist zu dem Entschluß gekommen, dem Hauptausschuss die Ablehnung der Brannt- weinsteuerrückbildung zu empfehlen. Der Arbeitsausschuss für die Beratung des zweiten Teiles der Regierungsvorlage, näm- lich der Ermäßigung der Zuckersteuer, wird in der nächsten Woche zusammengetreten.

Deutscher Reichstag

Berlin, 22. Febr. (Eig. Draht.) Der Reichstag beendete am Dienstag die zweite Beratung des Reichshaushalts für den Haushalts- und Rubenshaushalt. Während die übrigen bürgerlichen Parteien sich in Schweigen hüllten, donnerte der bayerische Volkspartei-Deputierter fast eine Stunde gegen den sozialdemokratischen Abgeordneten Rossmann. Er behauptete, daß die Mehrzahl der verabschiedeten Offiziere in großem Elend lebe. Die Generale hätten eine so lange ehrenvolle Dienstzeit hinter sich, daß die Höhe ihrer Pensionen durchaus berechtigt sei. Der sozialdemokratische Antrag, der von der Reichsregierung bis zur dritten Lesung des Haushaltsplanes eine Verbesserung der Versorgungsansätze und die Erhöhung der Mittel für die Kriegsbefähigtenrente um 150 Millionen Mark verlangt, wird dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Bei der Beratung des Haushalts des Reichspräsidenten gab es einen stürmischen Auftritt, weil der Kommunist Hentze seinen Antrag auf Streichung des Gehalts mit der Behauptung verband, der Name Hindenburg sei kennzeichnend für die Zeit höchster Schmach, die das deutsche Volk durchgemacht hätte. Reichspräsidentenminister Herat geriet in große Aufregung und wies die Bemerkung des Kommunisten mit schreiender Stimme im Namen der Reichsregierung zurück. Der Haushalt des Reichspräsidenten wird dann verabschiedet.

Eine große Aussprache setzte bei der zweiten Beratung des Reichshaushalts der Justiz ein. Die einleitende Rede hielt der Reichsjustizminister Herat. Selbst er mühte sich, daß eine Vertrauenskrise gegenüber der Justiz bestehe und die Richter sich nur allmählich an die veränderten Verhältnisse anpassen würden. Im übrigen wird niemand erwartet haben, daß der deutsche Reichsjustizminister die schweren Fehler in der deutschen Rechtsprechung auszuheilen würde. Für ihn wird die Vertrauenskrise vorwiegend von der Presse hervorgerufen, die ungeschickliche Kritik übe.

Dem Minister antwortete der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Levi mit einer Rede, die erdrückende Beweise für Fälle von Justizmissständen in Deutschland vorbrachte. Levi war objektiv genug, auch Bestrebungen anzuerkennen, wo sie sich wirklich zeigten. Große Parteien seiner Rede mußte er aber auf ungeheure Justizmissstände verwenden. Starke Eindruck machte es im Haus, als er nachwies, daß gerade die Presse als eine neue Instanz des Gerechtigkeitsempfindens manchen schweren Justizmissstand aufgedeckt und dessen Wiederwahrnehmung verhindert worden sei. Nachdrücklich nahm sich Levi auch ungeschickter Verfassungen der Kommunisten durch die Justiz an. Er zog einen Vergleich zwischen den Kommunisten des Jahres 1923 und der durch die inneren Streitigkeiten zerfallenen und zur vollen Machtlosigkeit verurteilten kommunistischen Partei des Jahres 1927. Es zeugte für die Weltfremdheit der vorkrieglichen Justiz, wenn man Reden und Schriften der Kommunisten heute noch so beurteilt wie in der kritischen Zeit des Jahres 1923.

Nach der Rede Levi wurde die Weiterberatung auf Mittwoch nachmittags 3 Uhr vertagt. Ein Versuch der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, den sozialistischen Initiativentwurf über das Arbeitszeit-Gesetz als ersten Gegenstand auf die Tagesordnung von Mittwoch zu setzen, scheiterte an dem geschlossenen Widerstand des Bürgerblocks.

Der Wehretat

Berlin, 22. Febr. (Eig. Draht.) Im Haushaltsausschuß des Reichstags wurde am Dienstag die Debatte über den Wehretat fortgesetzt. Am Vortage waren sämtliche Anträge der sozialdemokratischen Ausschussmitglieder von der bürgerlichen Einheitsfront, zu der meistens auch die Demokraten (D) gehörten, abgelehnt worden. Man richtete sich deshalb allseitig auf einen verstärkten Kampf der Opposition ein, aber Gehlers Freunde wissen immer einen Ausweg.

Der Abg. Weber (Soz.) eröffnete die Debatte mit dem Kapitel „Wohnungen“. Er wies darauf hin, daß für ähnliche Zwecke Ausgaben über 3 Kapitel verstreut seien. Da aus dem Etat nicht zu ersehen sei, wofür die insgesamt 25 Millionen Mark verwendet würden, als Veranschlagung müsse man die Ausgaben des alten preussischen Heeres heranziehen, das zu Wohnzwecken insgesamt etwa 12 Millionen Mark brauchte. Der Ausschuss verlange genaue Aufstellung der Ausgaben, der Gesamtbetrag aber müsse unter allen Umständen gekürzt werden. Als Antwort stellte der deutschnationaler Abg. Schulz-Bromberg den Antrag, alle sozialdemokratischen Anträge auf Streichungen einem Unterausschuß zu überweisen und damit aus der Debatte im Hauptausschuß herauszuschieben. Gegen den Vorschlag der Einheitsfront wurde dieser Antrag angenommen.

Es folgte dann die Beratung des Kapitels „Bildungswesen“. Der Abg. Moses (Soz.) befahte sich bei dieser Gelegenheit mit den Selbstmorden in der Reichswehr. Gewiß hätte die Zahl der Selbstmorde im letzten Jahr erfreulicherweise eine starke Abnahme erfahren, aber sie sei doch noch außerordentlich hoch, wenn man einen Vergleich liebe zwischen denen, die einen natürlichen und denen die eines unnatürlichen Todes gestorben seien. Wir haben im Jahre 1926 90 Selbstmorde und 46 Selbstmordversuche gehabt. Wenn man außerdem betrachtet, daß 73 tödliche Unfälle in der Reichswehr sind, so ergibt sich die Tatsache, daß im Berichtsjahre 1926 an Krankheit verstorben sind 100, eines unnatürlichen, gewaltigen Todes 163. Erst gestern sei dem Reichstag eine Statistik über Krankheiten und Todesfälle in den preussischen Straf-anstalten überreicht worden. In dem Berichtsjahre 1924 seien in Preußen unter 479 351 Gefangenen nur 67 Selbstmorde zu verzeichnen, bei der Reichswehr von 100 000 Mann im Berichtsjahre 132, also doppelt so viel, trotzdem die Zahl der Gefangenen fünf mal so groß als die der Soldaten sei. Die Hälfte aller Selbstmorde sei in dem Berichtsjahre in den ersten Dienstjahren eingetreten und das Alter von 18-23 Jahren verzeichnet über die Hälfte aller Selbstmorde. Unter die Ursachen sei alles mögliche angegeben worden: Dienstliche Behandlungen aber nur in 4 Fällen, und auch bei diesen 4 Fällen wird ausdrücklich gesagt, daß „schriftschriftliche Behandlung der Vorgesetzten nicht vorgelegen habe“. Hier steht das Mißtrauen der Sozialdemokratie ein, insbesondere wenn man z. B. an bestimmte Bataillone denkt, so an das Jägerbataillon in Ulm, wo allein in der letzten Zeit 5 Selbstmorde eingetreten sind.

Abg. Moses kam dann auch noch auf das Kapitel „Soldatenmishandlungen“ zu sprechen, insbesondere auf die Zustände beim Reitertraining in Submyra und auf die Gerichtsverhandlung in Schwerin. Es sei Tatsache, daß der Schwabenscheff sich um die fortgesetzte Mishandlung der Soldaten nicht kümmert habe, und charakteristisch wäre, daß der Oberstabsarzt, der mehrere verwundete und mishandelte Soldaten in Behandlung bekam, keinerlei Schritte unternommen habe. Vorgelegte, die solche Zustände duldeten, müßten rückhaltlos aus der Reichswehr entfernt werden.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung kam nochmals die Verbindung der Reichswehr zu den Reichsverbänden zur Sprache. Abg. Schöpplin (Soz.) richtete außerdem die Anfrage an den Wehramtminister, weshalb immer noch die Anrede „Erzellenz“ üblich sei. Gehler erklärte, daß dies durch den neuen Chef der Wehramtsleitung unbefuglich abgestellt sei. Am Schluß der Sitzung stellte Abg. Künzler noch den Antrag: Wehramtsanträge nur unter der Bedingung zu verlegen, daß die beauftragten Firmen sich an den Nachmittagsstunden halten und keine Überstunden arbeiten lassen. Dieser Antrag wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Volkspartei angenommen. Weiterberatung am Dienstag abend nach der Reichstagsitzung.

Dom sozialpolitischen Ausschusses

Berlin, 22. Febr. Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstags hat heute die Beratung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes beim § 36, der die Landwirtschaft betrifft, fortgesetzt. Der Ausschuss nahm eine Entschließung an, die die Reichsregierung ersucht, Vorschläge für eine Regelung der Arbeitslosenversicherung in der Landwirtschaft zu unterbreiten, die unter Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Arbeitsverhältnisse eine Sonderversicherung im Rahmen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes vorleben oder in anderer Weise den Bedenken gegen § 36 Rechnung tragen. Eine längere Aussprache rief die Einbeziehung der Wehrleute in die Arbeitslosenversicherung hervor. Der Gesetzentwurf sieht vor, daß Wehrleute, mit denen ein schriftlicher Lehrvertrag von mindestens zweijähriger Dauer abgeschlossen ist, versicherungsfrei sind. Ein sozialdemokratischer Antrag, alle Wehrleute in die Versicherung einzubeziehen, wurde abgelehnt.

Der Unterausschuß des Sozialpolitischen Ausschusses beriet heute in einer allgemeinen Aussprache die Anträge zur Invalidenversicherung. Ein Vertreter der Reichsregierung, eine Erweiterung des Personenkreises wäre bedenklich. Schon die Aufrechterhaltung der bisherigen Leistungen mache eine Revision der Beitragssätze notwendig. Nach kurzer Aussprache beschloß der Ausschuss, die Weiterberatung zu vertagen, um den Regierungsparteien zunächst Gelegenheit zu geben, in ihren Fraktionen zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen.

Die katholischen Interessen in Schweden

Unter dieser Überschrift lesen wir in der Montagnummer des „Badischen Beobachters“ eine bemerkenswerte Notiz, in der gesagt wird:

„Das Monatsblatt „Credo“ der schwedischen Katholiken schreibt in einem Rückblick auf das verfllossene Jahr: „Das nach außen hin größte Ereignis des Jahres, das auch von der Presse kommentiert wurde, war die Einreise der schwedischen Katholiken an den König und Gemahlinn voller Religionen. Sie haben darin für die Seelsorge der katholischen Gemeinden um das Recht, die offiziellen Kirchenbücher zu führen; um Erleichterung beim Austritt aus der Staatskirche; um Vereinnahmung der Katholiken von der Staatskirche und ihre Priesterschaft usw.“

Belagte Notiz erregt deshalb unser Interesse, weil in Deutschland die im Zentrum politisch organisierten Katholiken in entgegengelegtem Sinne agieren. In Deutschland sind die Katholiken Gegner der Trennung von Staat und Kirche. Hier soll jedermann die „Steuerpflicht an die Staatskirche und ihre Priesterschaft“ auferlegt sein, d. h. die Steuerpflicht, die sich in der katholischen Subvention der Unterhaltung der Geistlichkeit als solche auswirkt. Wie oft ist uns schon im „Badischen Beobachter“ Religionsfeindlichkeit vorgeworfen worden, weil wir Gegner dieser Subvention sind und verlangen, daß die Kirchengläubigen wie in Amerika für den Unterhalt ihrer Kirche selbst aufkommen sollen. In Deutschland werden heute viele Millionen Staatsgelder für die Unterhaltung der Priesterschaft aufgewendet und die Kirche ist stets unzufrieden und will immer mehr haben, wie kürzlich an einem Beispiel in Bayreuth gezeigt wurde.

Wieder eine Soldatenmishandlung vor Gericht

Stuttgart, 22. Febr. (Eig. Meldung.) Der Unteroffizier Hermann Funf, vom Reiterregiment 18 in Cannstatt hatte einen Musiker mit dem Namen Leiner Stiefel beauftragt, da er keinen eigenen Baker hatte. Eines Tages gab er ihm wieder zwei Paar Reistiefel. Der Musiker machte ihn darauf aufmerksam, daß ihm die Schuhwichse ausgegangen sei. Aber das berührte den Unteroffizier nicht. Als er die Stiefel nicht nach einiger Zeit zurückbekam, obersteuerte er den Musiker und warf ihn an die Wand, sodas dieser die Flucht ergreifen mußte. Am Abend letzte Nacht die Mishandlungen fort, ließ den Musiker mitgehen, schlug ihn mehrmals ins Gesicht und auf den Kopf, daß er taumelte, an einen Kasten fiel und die Brillen verlor. Dann ließ er ihn mehrmals mit den Füßen ins Gesicht und obersteuerte ihn weiter, daß er an einem Ohr blutete. Der Musiker war infolge der Mishandlungen einige Tage dienstuntauglich. Die Gerichtsverhandlung vor dem Schöffengericht Stuttgart II befahte diese Vorgänge. Der Staatsanwalt beantragte gegen Funf unter Verlesung mildernder Umstände 2 Monate 15 Tage Gefängnis. Das Urteil des Gerichts lautete nur auf einen Monat Gefängnis. Der Anwalt des Verurteilten erklärte, daß es den Fall selbstmörderisch als „minderer Schwere“ ansah.

Gewerkschaftliches

Tarifvertrag für die kaufmännischen und technischen Angestellten im Handelsammerbezirk Vahr
Wie aus der Generalversammlung der Angestellten berichtet, haben die Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Drainagenverein nunmehr zum Abschluß eines neuen Tarifvertrages geführt. Da die Kündigung des alten Tarifvertrages im April letzten Jahres erfolgte, ist schon die Dauer der Verhandlungen, daß der Neu-Abschluß auf so viele Schwierigkeiten gestoßen ist. Das neue Abkommen, das jetzt erst zur Unterzeichnung gelangt, beginnt mit dem 1. Januar 1927.

Weitere Niederlage der Kommunisten

Bei der Neuwahl der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Mühlhausen i. Thür. wurde die Liste der Richtung Amsterdam mit über Zweidrittelmehrheit gewählt. Auch in Stuttgart holten sich die Kommunisten eine neue gewerkschaftliche Niederlage. Eine Stuttgarter Metallarbeiterversammlung hatte 14 Vertreter zur Generalversammlung zu wählen. Die Gewählten gehören sämtlich der Amsterdamer Richtung an. Sie erhielten 79 bei 90 Stimmen, die Gegenkandidaten nur 87 bis 88.

Aus dem Freistaat Baden Die Dentistenkammer für Baden

Wie wir schon kurz meldeten, legte die badische Regierung in der letzten Landtagsitzung dem Landtag einen Gesetzentwurf über die Schaffung einer Dentistenkammer für Baden vor. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Rechtspflege und Verwaltung zur Beratung zugewiesen, er steht auf der Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses am nächsten Donnerstag; Berichterstatter ist Abg. Dr. Wolfhard.

Wenn der Entwurf Gesetz wird, woran wir nicht zweifeln, dann hat Baden wieder einen Schritt weitergetan in der wirtschaftlichen und sittlichen Bedienung eines Standes, der sich selbst heraus in mühseliger aber um so energischer Arbeit eine im Volke schon längst fest verwurzelte Stellung geschaffen hat, und dessen Existenzberechtigung nun durch die staatlich geschaffene Berufs- und Standesvertretung anerkannt und verankert werden soll. Unter Land Baden, das durch die Einführung der staatlichen Prüfung für Dentisten den übrigen deutschen Ländern schon vorbildlich vorangegangen, wird als erstes Land in Deutschland auch mit der Dentistenkammer ein gutes nachahmenswertes Beispiel geben, das hoffentlich bald überall befolgt wird. Wenn die badische Regierung dieses Amt für die Dentisten und den Titel „staatlich geprüfter Dentist“ einführt, erfolgreich war und sich heftens auswirkt. Der Gesetzentwurf ist aber auch die Krönung einer zielbewussten, unermüdbaren Pionierarbeit, die seit Jahren die badischen Dentisten, die nicht nur auf ihre berufliche Anerkennung, sondern auch auf ihre berufliche Fortbildung abgesehen hat, sondern auch um ihre berufliche Erneuerung als ein wohl verdient. Es wurde ja auch kürzlich die Zeitung des Reichsverbandes Deutscher Dentisten nach Baden in die Hände eines badischen Dentisten gelegt, die beste Anerkennung für die Geschäftlichkeit und Umsicht, mit der die badischen Dentisten ihre Standesinteressen zu wahren verstanden.

Der Gesetzentwurf besteht aus zwei Artikeln. Der erste Artikel verlangt, daß zwischen die §§ 65 und 66 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse des Sanitätspersonals vom 10. Okt. 1906 ein § 66a eingeschaltet wird, der lautet: „Zur Wahrung der Berufsinteressen der staatlich geprüften sowie der aus Reihenpraxis zugelassenen Dentisten, wird eine Dentistenkammer errichtet, welche ihren Sitz in Karlsruhe hat. — Der Artikel 2 enthält nähere Bestimmungen über die organisatorischen Maßnahmen zur Schaffung der Kammer.“

Dem Gesetzentwurf ist eine längere Begründung beigegeben, der folgenden entnommen sei: „Bevor hat die in Deutschland bestehende Gemerbetätigkeit gerade auch auf den Beruf der Dentisten in mancher Hinsicht einen sehr bedeutenden Einfluß ausgeübt. Neben ordnungsmäßig ausgebildeten Dentisten hat es immer auch beruflich minderwertige Elemente gegeben. Dafür können die rechtserziehbildenden Dentisten nicht verantwortlich gemacht werden. Gegen diesen Mißstand richtet sich die badische Verordnung über die staatliche Prüfung von Dentisten vom 29. März 1920 in der Fassung der Verordnung vom 15. Januar 1925. Bei dieser Prüfung, deren Beibehaltung das Recht ist, die Bezeichnung „in Baden staatlich geprüfter Dentist“ zu führen, handelt es sich um den Kampf gegen das Kurpfuschertum, da es sicher einen hohen Grad von Intelligenz und moralischer Festigkeit bedeutet, wenn mit der Zeit alle Dentisten den Nachweis schlagender Tätigkeit erbringen. Der vorliegende Gesetzentwurf bedeutet einen Schritt weiter auf dem eingeschlagenen Wege.“

Für Baden wird die Schaffung einer Dentistenkammer sich sicherlich als ein geeignetes Mittel erweisen, die letzten Unstimmigkeiten zwischen den beiden Berufen der Zahnärzte und Dentisten wesentlich zu mildern. Nach Errichtung der Kammer kann bei den weltaus die Rechtsabteilung der Berufsangehörigen bildenden staatlich geprüften und aus Reihenpraxis zugelassenen Dentisten auf ein Verbot unbilliger öffentlicher Reklame hingewirkt werden. Auch kann alsdann von Standeswegen die Annahme von Berufswartern an dem Bestehen einer Berufszulassungsprüfung abhänig gemacht werden. Alle diese Maßnahmen sind dazu abgesehen, einen dauernden wirtschaftlichen Ausverkauf des Landes an Zahnärzten und Dentisten und damit allmählich des Ende der sozialen und wirtschaftlichen Kämpfe zwischen diesen beiden Berufen herbeizuführen.“

Gerade um den Kampf gegen das Kurpfuschertum wirksam führen zu können, müssen alle Teilprobleme, die mit dem allgemeinen Wirtsein der Kurpfuschertätigkeit nicht beantwortet werden können, beseitigt werden. Auch unter diesem Gesichtspunkte und ebenso in Anbetracht der großen Stärke des Dentistenverbandes (714 Dentisten in Baden) ist es natürlich und annehmbar, ihm eine Vertretung zu gewähren, welche es ermöglicht, den Stand zu behaupten und untaugliche Elemente auszumersern. Von ausschlaggebender Bedeutung bei Beurteilung des vorliegenden Gesetzentwurfes dürfte die Tatsache sein, daß die Dentisten ebenso wie die Zahnärzte im volkswirtschaftlichen Interesse unentbehrlich sind.

„Das Ergebnis war geradezu vernichtend.“ In unserer letzten Notiz: „Reichsfinanzminister Dr. Koller über die schlechte Steuerveranlagung in Baden“ heißt bei der Wiederholung der Rede des Ministers der entscheidende Satz: „Das Ergebnis der Prüfung über die Steuerveranlagung bei den badischen Finanzämtern war geradezu vernichtend.“ Darauf baute sich die Kritik des Reichsfinanzministers auf und auch der Verfasser unserer Steuerartikel ging von den ungenügenden Ergebnissen der schlechten Steuerveranlagung der badischen Finanzämter aus. Mitbin muß auf diesen Vorwurf der Rede des neuen Reichsfinanzministers besonders Gewicht gelegt werden. Wir wollen hoffen, daß der Erkenntnis in Berlin bei den Finanzämtern in Baden auch die Tat folgt.

Jugend und Sport

Fußball (Entscheidungsispiele)
Saagsfelds 2. Mannsch. errang sich die Gruppenmeisterschaft mit 8: Toren. Diese Mannschaft stellt sich zum Entschiedenheitskämpfe auf dem Kniegler Sportplatz am Fußballverein Grünmühl gegenüber. Das Treffen ist auf 2.30 Uhr festgesetzt. Um 3 Uhr ist die Entscheidung um die Meisterschaft in der Saagsfeldsarena. Ein guter Sport ist zu erwarten und empfehlen wir schon heute den Besuch dieser Treffen.

Funktionärermannschaft 3. Bezirk — Kleinsteinhof I 2:1
Tunlichlos und treu geben die Funktionäre ihren Besten. Die Wahrheit scheuen sie nicht, noch nicht sie von dem Vorwurf einer spießhaften Mannschaft bezeugen und aus dieser Einstellung heraus fand obiges Treffen seine Entscheidung. Sehr schlechte Platzverhältnisse ließen kein einwandfreies Spiel auskommen, trotzdem muß festgestellt werden, daß beide Parteien ihr Bestes gaben, um das Spiel genügend zu gestalten. Wenn die Funktionäre gefestigt werden, so ist dies kein Zufall, sondern das Resultat bewusster Energie, die eingesetzt werden kann, wenn es gilt, Gutes zu leisten.

Der Abbau des Mieterschutzes

Berlin, 23. Febr. (Händel). Das preussische Staatsministerium beschloß am Dienstag u. a. mit der Verordnung des preussischen Wohlfahrtsministers über die Verlängerung der Wohnungsverhältnisse. Es kam zu dem Ergebnis, daß es den von Wohlfahrtsminister angeführten Rechtsgründen nicht anhängig sei, die Inkraftsetzung der Verordnung entsprechend den Beschlüssen des Landtages hinauszuschieben. Es wurde jedoch beschlossen, auf die Rechtsprechung dahin einzuwirken, daß bei der Anwendung des Mieterschutzgesetzes die obligatorischen Schiedsstellen zum Schutze der Mieter hineingearbeitet werden. Auch wurde der preussische Justizminister beauftragt, die Staatsanwälte anzuweisen, allen Fällen von Mietwucher bei der Neuvermietung von Lädenmieten ihr besonderes Augenmerk zuzuwenden.

Aus der beleagerten Pfalz

Zwei deutsche Gendarmen von den Franzosen verhaftet
Speyer, 22. Febr. Wie das Süddeutsche Korrespondenzbüro von hier meldet, wurden heute vormittag ein französischer Personentransportwagen und ein französisches Auto, besetzt mit einem Offizier, einem Gendarmen in Uniform, einem Beamten in Zivil und einem Dolmetscher aus Lachen bei Neustadt a. S., vor der Gendarmestation Binden vor. Dort verhafteten die französischen Beamten den Stationskommandanten. Die Stationen bestanden sie mit einem französischen Gendarmen, der allein im Dienstzimmer verblieb, bis ein deutscher Wachtmeister von seinem Dienstsaat zurückkehrte. Die Tür zum Dienstzimmer wurde von dem französischen Gendarmen von innen abgelsperrt. Die französischen Kommandanten führten nach Speyer weiter, wo der dortige Stationskommandant ebenfalls verhaftet wurde. Auf dem Rückweg über Binden holten sie den französischen Gendarmen wieder ab. Die deutsche Gendarmestation Binden war also zwei Stunden von Franzosen besetzt. Die Gründe der Verhaftungen wurden nicht bekanntgegeben.

Von den Wirtschaftskämpfen

Die Differenzen in der württembergischen Holzindustrie
Aus Stuttgart wird uns geschrieben: Die vom Vorstehenden des Stuttgarter Schlittmasauschusses auf Dienstag vormittag einberufene Verleihungsverhandlung dauerte bis in die Abendstunden und endete mit einem Verleihungsvertrag. Der Inhalt dieses Verleihungsvertrages ist noch nicht bekannt. Die Industriellen haben auch die von der Holzindustrie angebotene Verleihung nicht angenommen. Es besteht also die Möglichkeit, die Holzindustrie zu vermeiden, die zur Zeit auch gar nicht im Interesse der gut beschäftigten Holzindustrie gelegen wäre.

Die Berliner Brauereiarbeiter für den Streik

Berlin, 22. Febr. In der Funktionärerversammlung der Brauereiarbeiter, die heute abend statt, wurde ein Antrag des Gewerkschaftsvertreter auf nochmalige Verhandlungen abgelehnt. Ein Antrag, der sofortiges Eintreten in den Streik forderte, fand mit 135 Stimmen gegen 116 Stimmen die Zustimmung der Versammlung. Der Gewerkschaftsvertreter erklärte, daß er diesen Beschluß, weil er ungesetzlich sei, nicht durchführen werde. Er werde darüber dem Hauptvorstand der Gewerkschaft berichten und außerdem noch einmal die Wohnkommission um Rat fragen. Von einem Streik der Funktionäre wurde nunmehr empfohlen, war nicht in den Streik zu treten, aber passive Weisung zu üben und abzuwarten, wie die Verhandlungen mit den Unternehmern verlaufen.

Kleine badische Chronik

Basel. Vergangenen Sonntag hielt der Arbeiter-Gesangsverein Trostmann eine Familienfeier ab zu Ehren seiner beiden Gründungsmitglieder. Den Anlaß hierzu gab der 70jährige Geburtstag des Ehrenvorsitzenden und früheren Gemeinderats Wihl. Fallmer, sowie die vor einigen Tagen festlich gefundene goldene Hochzeit des Altbürgermeisters Wurm. Am Abend war die Feier mit Gesangsvorträgen des Vereins, die Herr Chorleiter Küst mit fester Hand leitete. Im Mittelpunkt der Feier stand die Ehrung der beiden Jubilare. Nach einer Ansprache des Vorsitzenden Sangesgenossen Friedr. Schanzmann, in der er einen Rückblick auf die Entstehungsgeschichte des Vereins warf, wobei er das Wirken und die großen persönlichen und finanziellen Opfer der Jubilare hervorhob, enthielt er am Schluß der Ehrung derselben ein großes Gedicht der beiden früheren Vorstände, das als Sonett für die kommenden Generationen das Vereinslokal stehen wird. Von den Familienangehörigen des Vereins wurde diese

Aus aller Welt

Das Todesurteil mit Lächeln entgegengenommen
Ein Mörder sieht in dreitägiger Verhandlung vor dem Kasseler Schwurgericht, der sich verbindlich lächelnd bekennt und eine Rolle spielt, als ob es sich um eine Komödie und nicht um seinen sehr gefährlichen Kopf handelte. Es ist immerhin in den Nordländern nicht alltäglich, daß einer lebendig um einiger Ausweisepapiere willen und um in der Person seines Opfers weiter durch die Welt zu gehen, um schlimmen Verbrechen herabzinken. Im süddeutschen Bayern und in Württemberg hat die Norddeutsche Zeitung in Württemberg ein solches Verbrechen wegen der kriminalsozialistischen Verhältnisse jenseitigen Aufsehen erregt. Klein ist ein flüchtiger und intelligenter Bursche, dem man ohne weiteres ein Mörder nicht ansieht, in dessen Augen aber Verleihenheit und unsterkes Feuer lodert. Der Angeklagte geriet schon ziemlich früh auf die schiefen Bahnen während seiner landwirtschaftlichen Tätigkeit in verschiedenen Gegenden Württembergs und arbeitete, um sich einerseits der Strafe zu entziehen, andererseits Geld und Stellung zu verschaffen mit Ausweisepapieren, die er Kollegen und Bekannten gestohlen hatte. Von Reutlingen aus wurde er zuletzt von der Staatsanwaltschaft wegen Brandstiftung und Raub gesucht. Um diese Zeit gelang es ihm, unter Vorweisung unrichtiger Vermögens- und Verleihenverhältnisse, noch dazu mit den Papieren eines Knechtes Albert Blau, den er in St. Blasien im Schwarzwald kennen gelernt hatte, durch eine Annonce im landwirtschaftlichen Wochenblatt Richter und Gutverwalter des Gutes Röhlerhof in Bischofsried in der Nähe des Ammersees zu werden. Am 1. April 1926 feierte Klein in pompöser Weise seinen Einzug als falkher „Albert Blau“ in Bischofsried. Vom war der Umstand dinstlich, daß er nach verschiedenen anderen Liebesverhältnissen durch ein Heiratsinserat, ebenfalls als Blau, eine vermögende Zimmermannstochter namens Emma Schmölze aus Belsheim zur Braut bekam und mit dem Hinweis auf deren künftigen Reichtum den Besitzer des Gutes Röhlerhof aus Mannheim in Eiferheit wiegte. Klein beschloß nunmehr, seine Veranlassung auszulösen und als

Ehrung mit großem Beifall aufgenommen. — Altbürgermeister Wurm, sowie Ehrenvorsitzender Fallmer dankten für diese Ehrung mit dem Wunsch an die „Junger“, ihrem Beispiel zu folgen. Den musikalischen Teil hatte die hiesige Feuerwehrrapelle unter der bewährten Leitung ihres Kapellmeisters H. Bräuer sen. übernommen, die durch schöne Konzerte, Proben ihres Könnens ablegten. Auch ihnen wurde reichlich Beifall zuteil. Den Schluß der Feier bildete abends ein Tanz. Alles in allem, es war ein erster Mittag, und ein weiterer Abend, bei dem sich die Mitglieder des „Trostmann“ wieder bestens unterhielten. Mit einem kurzen Aufruf an die Mitglieder konnte der Vorstand in vorgerückter Stunde die Feier schließen.

* Ostersheim (bei Schwetzingen). Nach Schluß eines Fastnachtsvergnügens, bei dem ansehend dem Weine zu sehr ausgesprochen wurde, überfielen drei junge Ostersheimer Burschen am Sonntag früh 5 Uhr aus purem Eifermut ein Ehepaar, das gerade des Weges kam und schlafen auf den Mann und die Frau so lange ein, bis die Lieberstafeln und Wehrlos blutüberströmt zusammenbrachen. Beim Erscheinen der Polizei nahmen die Burschen Reißaus, wurden jedoch im Laufe des Sonntags ermittelt.

* Weilsheim. In einem denachbarten Dorfe legte sich ein junger Mann mit der brennenden Zigarette ins Bett. Das Bett lina Feuer und verbrannte zum Teil. Der Kauder aber mußte wegen Rauchvergiftung ins Krankenhaus verbracht werden.

* Weilsheim. Samstag abend ereignete sich auf hiesiger Station ein kleiner Eisenbahnunfall. Ein auf dem Nebenleis stehender Güterwagen stand nahe der Weide, so daß der um 7.27 Uhr von Riegel kommende Zug mit diesem zusammenstieß. Zwei Räder des Güterwagens entgleisten. Personen kamen glücklicherweise nicht zu Schaden. Der entstandene Sachschaden ist gering. Nach kurzer Zeit konnte der Personenzug seine Fahrt in Richtung Breisach fortsetzen.

* Wehr. Vier brannten die Scheuer und die Stallungen des Landwirts Gottlieb vollständig nieder. Durch das rasche Eingreifen der Feuerwehr konnten die angrenzenden Häuser gerettet werden. Bedeutende Futtermittel sind verbrannt.

* Brenndorf bei Sickingen. Ein von Schwörstadt kommendes Motorrad, das mit zwei Herren besetzt war, wollte in der Nähe von hier ansehnend einem Radfahrer ausweichen. Der Führer verlor hierbei die Gewalt über die Steuerung und schlug gegen einen Baum, wodurch das Rad umgeworfen wurde. Der Führer selbst erlitt einige schwere Kopfverletzungen. Der Insasse sah sich einen Armbruch zu. Beide wurden ins Krankenhaus nach Sickingen verbracht.

* Freiburg. In einer Straßenkreuzung stellte sich ein Auto, als der Führer einer auf dem Fährdamm stehenden Person ausweichen wollte, quer über die Straße und dabei auch auf das Straßenbahnsteig. In diesem Augenblick kam aber schon ein Straßenbahnwagen daher und fuhr das Auto an. Durch den Anstoß wurde das Auto stark beschädigt. Der Chauffeur wurde an beiden Händen hart verletzt.

* Engen. Bei dem Uebergehen der Station Mühlhausen bei Engen ereignete sich ein tödlicher Unfall. Es stürzte der 42 Jahre alte Fabrikarbeiter Bernhard Pöhlert aus Mühlhausen, der mit dem 5.50 Uhr Zug nach Engen fahren wollte, die geschlossene Schranke, wurde dabei von der Maschine erfaßt und zu Boden geschleudert. An den dabei erlittenen Verletzungen starb er leider nach einer Stunde. Der Unfalltod hinterläßt Frau und zwei Kinder.

* Konstanz. Die gesamte Hörterstadt des Technikers Konstantin ist in den Schutttrümmern getreten. Die Hörterstadt hatte die Direktion und Dozentenkollegium wegen Anstellung einer Urkunde zur Berechtigung zum Ingenieurberuf nach Abschluß des Studiums interveniert und war abgewiesen worden. Der Streik verläuft in voller Ordnung.

* Grensbach. Bei der Chemischen Fabrik R. J. Geia explodierte aus bisher noch unbekanntem Grund der Inhalt eines Kessels. Der dabei beschädigte Arbeiter August Brand von Degerfelden wurde so schwer verbrannt, daß er in der folgenden Nacht in Basel im Birsenspital den schweren Verletzungen erlegen ist.

* Brombach bei Vörsch. Beim Schiffsfahren verunglückte der 16jährige Sohn des Kaufmanns Grauwitz hier, indem er am Fuße des Berges gegen die Mauer eines Hauses mit voller Wucht anstieß. Er zog sich einige schwere Verletzungen zu, die seine Aufnahme im Krankenhaus erforderlich machten.

Vom Schwiegervater erschlagen

Worbünnen bei Singen a. S. 22. Febr. Hier erschlug in der vergangenen Nacht der Nachtwächter Riegler in seinen Schwiegereltern, den Arbeiter Sterl. Sterl kam wie schon öfters in betrunkenem Zustande nach Hause und drohte, seine Familie umzubringen. Riegler griff darauf zur Art und schlug Sterl nieder. Dieser hinterläßt Frau und vier Kinder.

Blau mit seiner zukünftigen Frau weiterzuleben. Er löste den Knecht Albert Blau unter dem Vorgeben, ihn zum Gutverwalter seines Vofes zu machen nach Bischofsried, und besaß mit ihm ein gemeinsames Schlafzimmer. In der zweiten Nacht nach der Ankunft Blaus erlosch er diesen taubblütig bei seinem Bett stehend mit einer Armeewelle während er schlief und verstarb nach weiteren 2 Stunden oberflächlich sein Opfer an einer abgelegenen Stelle des Bestattungs. Seiner Braut erwiderte er, daß Blau wieder abgereist sei, ging aber mit ihr aus der Ammerseebucht flüchtig und wurde gelegentlich eines neuerdings verübten Diebstahls in Strümpferei in der Nähe des Feldberges im Schwarzwald verhaftet. Erst seine Flucht von Bischofsried führte zur Entdeckung des von ihm begangenen Mordes.

Der Angeklagte, der in der Voruntersuchung den Mord eingestanden hat, will nunmehr in der Verhandlung den Blau in einer Art von Traumszustand aus dem Wege geräumt haben. Er verteidigt sich geschickt, aber das ihn belastende Material und die Zeugenaussagen sind sehr ernstlich. Dem ärztlichen Sachverständigen, Obermedizinalrat Dr. Heinen, Augsburg, hat Klein seine Morbidität rückfallslos eingestanden, von einer geistigen Erkrankung oder Minderwertigkeit des Angeklagten könne nach dem ärztlichen Gutachten keine Rede sein. — Am Freitag abend wurde Klein nach dreitägiger Verhandlung wegen Mordes mit Ueberlegung zur Todesstrafe und Abkennung der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Der Mörder, der schon in der ganzen Verhandlung ein heiteres Wesen zur Schau getragen hatte, nahm auch das Urteil mit Lächeln auf.

Eine Inflation

Aus Weisau wird neuerdings gemeldet, daß die angelegte Millionenerbschaft des Dienstmädchens Marie Dendorf sich wahrscheinlich als ein großes Glückselig herausstellen dürfte. Die Tatfache, so behaupten a. B. die „Weisauer Neuesten Nachrichten“, daß die Millionenerbin keinerlei schriftliche Nachrichten über die Millionenerbschaft besitzt und sich lediglich auf die Aussagen ihrer Mutter stützt, die ihre Papiere nach Amerika hat schicken lassen, läßt die Wahrheit der Millionenerbschaft als sehr zweifelhaft erscheinen. Uebrigens soll die Mutter selbst behaupten, daß an den Erbschaften ihrer Tochter kein wahres Wort sei.

Gerichtszeitung

Schwurgericht Karlsruhe

Id. Karlsruhe, 22. Febr. Das Schwurgericht beschloß sich heute und voraussichtlich auch noch die zwei folgenden Tage mit der Mordanfrage gegen den 45 Jahre alten Wendelin Wagner aus Stettfeld. Die Voruntersuchung des Falles hatte 18 Monate in Anspruch genommen. 39 Zeugen sind geladen. Am 4. Juli 1925 wurde unter der Brücke an der Landstraße zwischen Hambrücken und Wiejenal bei Bruchsal der Arbeiter Ludwig Thome durch einen Kopfschuß getötet aufgefunden. Der Verdacht, Thome ermordet zu haben, fiel auf den Händler Wendelin Wagner. Dieser leugnet auch heute noch die Tat. Wagner, der mit Thome verheiratete Einbruchsdiebstahl verübt hatte, ist mehrmals verurteilt. Zur Zeit läuft gegen ihn ein Verfahren wegen Anstiftung zum Mord, dessen Aufnahme von Thome veranlaßt worden war. Das Gericht vermutet, daß Wagner ein Interesse daran hatte, den Thome, der ihn schwer beschuldigte, ungeschädlich zu machen.

Die Vernehmung des Angeklagten Wagner nahm fast sechs Stunden in Anspruch. Er gab über den Tod des Thome eine Darstellung, nach der dieser selbst die Waffe an seine Schläfe gesetzt, Wagner ihm den Revolver habe aus der Hand schlagen wollen und dabei zwei Schüsse gefallen seien, die Thomes Tod herbeiführten hätten. Die Leiche habe Wagner später an den Bahndamm gelegt, von wo sie in den Bach gefallen sei. Gegen 17 Uhr abends wurde die Verhandlung auf morgen vertagt.

Bermischtes

Zwei weitere Todesopfer der Explosion im Schweißereisheim

Siegen, 22. Febr. Die beiden Hausgehilfinnen, die bei der Heber-Explosion im Evangelischen Schweißereisheim lebensgefährliche Verletzungen erlitten, sind in der vergangenen Nacht ihren Verletzungen erlegen, so daß sich die Zahl der Todesopfer auf drei erhöht.

Zusammenstoß zwischen Motorrad und Eisenbahnzug

Königsberg, 22. Febr. Wie die „Königsberger Allgemeine Zeitung“ meldet, fuhr am Sonntag mittag in der Nähe des Bahnhofes Eichenhorst der Bahnlinie Eising-Nieswalde ein Motorradfahrer an einem Bahnübergang ohne Schranke zu voller Fahrt auf einen Zug. Er blieb mit zertrümmertem Schädel liegen. Das Motorrad wurde vollständig zerstört.

Eine Mordtat in der Pfalz

Speyer, 21. Febr. In der Sonntagsnacht wurde der 23 Jahre alte Bierführer Wilhelm Huber von dem Fabrikarbeiter Johannes Gleich aus der Wirtschaft herausgemorfen. Huber war kaum auf der Straße, als er von Gleich einen Messerstoß erhielt, der die Verleihenader traf und den sofortigen Tod des Wilhelm Huber herbeiführte. Gleich wurde verhaftet. Nähere Einzelheiten konnten bis jetzt nicht in Erfahrung gebracht werden.

Familientragödie

Frank, 22. Febr. Die Blätter melden, daß sich in Basel bei Nachod eine schreckliche Familientragödie ereignete. Der 58-jährige Häusler Irzajel geriet mit seiner Gattin und Tochter in Streit, weil die Tochter, die gestern ihre Hochzeit feiern wollte, sich einem völlig unbemittelten Weisigen verlobt hatte. Irzajel war so zornig, daß er nach seiner Tochter ein schweres Messer warf. Diese floh zu den Eltern ihres Bräutigams. Hierauf erschlug Irzajel seine Frau, hängte ihren Leichnam auf und begab sich nach dem Boden, wo er das Haus anzündete und sich aufhängte. Man fand nur noch seine verkohlte Leiche auf.

Schwerer Autounfall

Berlin, 23. Febr. Im Norden Berlins stießen gestern abend ein Motorrad mit Beiwagen und eine Autodroschke zusammen. Von den drei Insassen des Autos erlitten zwei lebensgefährliche Kopfverletzungen.

Zuchthaus für einen Spion

Leipzig, 22. Febr. Der fünfte Strafzettel des Reichsgerichts verurteilte heute wegen verübten Betrugs militärischer Geheimnisse und wegen Spionage den Kaufmann Ludwig Gitzner, zuletzt in Danzig wohnhaft, zu 5 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrenrechtsverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Diebstahlsopfer

Breslau, 22. Febr. In der Nacht zum Montag wurde die 20jährige Selma Scholz aus Hückridt (Kreis Ohre) in dem Bahnhof Heinrichshaus von ihrem Liebhaber, dem Arbeiter Kurtwald aus Saffrau, mit einem Taschenmesser ermordet. Der Täter suchte darauf den Tod auf den Schienen. Das Motiv ist in unglücklicher Liebe zu suchen.

Mordversuch und Selbstmord

Berlin, 22. Febr. In einem Rechtsanwaltsbüro in Oldenburg verlor ein Arbeiter eine Stenotypistin durch zwei Revolvergeschosse. Darauf erschoss er sich selbst. Das junge Mädchen wurde schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht.

Todesurteil

Dortmund, 20. Febr. Das Schwurgericht verurteilte nach vierstündiger Verhandlung den Beamten Wilhelm Kraus wegen Raubmordes zum Tode, ferner wegen Beihilfe die Witwe Ella Herzold zu lebenslänglichem Zuchthaus und den Arbeiter Friedrich Hausberg zu vier Jahren Gefängnis. Kraus hatte am 14. März 1924 den Fuhrmann Friedrich Grawunder in Dortmund erschossen und beraubt. Bei den beiden letzteren Angeklagten wurde Schwachsinn als Milderungsgrund angesetzt.

Urteil im Affenbeseitigungsprozess

Berlin, 21. Febr. Das Schöffengericht verurteilte den Justizinspektor Babke und den Justizobersekretär Kofje wegen Affenbeseitigung und Beihilfe zu je 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus und 300 M Geldstrafe oder weitere 30 Tage Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust. Bürovorsteher Hübler und Bankbeamter Peiser erhielten wegen Beihilfe zur Anstiftung der Beseitigung und Affenbeseitigung 6 Monate Gefängnis. Außerdem wurde auf Einziehung der Beseitigungsgelder erkannt.

 verbürgt gewissenhafte Werkmannarbeit
ARTIENGESSELLSCHAFT
MIX & GENEST
Telephon- und Telegraphenwerke
Baustellung Baden 1922
Adresse:
KARLSRUHE I. B. Moltkestraße 29. Tel. 619
Telephonanlagen von zwei Apparaten an und Fernmeldeanlagen jeder Art in Kauf u. Miet.

Karlsruher Chronik

Karlsruhe, 23. Februar

Geschichtskalender

23. Februar. 1685 *Komponist G. F. Händel. — 1855 *Mathemat. K. Friedr. Gauß. — 1903 *Französischer Arbeiterdichter Clement. — 1908 *Chirurg Friedr. v. Esmerich. — 1910 *Dichter Svatopluk Tsch. — 1918 Konferenz der Ententealliierten. — 1919 Preussische Gemeindevorstände. — 1919 Unruhen in Mannheim.

Parteinachrichten des Soz. Vereins Karlsruhe

Heute Abend Generalversammlung

Die Genossen und Genossinnen werden hiermit nochmals an die heute Abend 8 Uhr im „Friedrichshof“ stattfindende Generalversammlung erinnert. Ein zahlreicher Besuch darf erwartet werden.

Der Kampf in der Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe

Die bürgerliche Presse, voran die „Bad. Presse“ und „Taschler“, bringen eine Notiz, die von der Direktion der M.G.R. inspiriert und den Zweck hat, die Definitivität über die wahren Ursachen des Streiks zu klären. Es wird darin behauptet, der Betriebsratsvorsitzende habe den Beweis nicht erbracht, daß er seine Zeit für Betriebsratsarbeiten nicht verwendet habe. Diese Nachricht ist unzutreffend. Die Beweisführung, daß die angegebene Zeit tatsächlich abgetaucht wurde, ist vom Vorsitzenden des Gemeindefreiwirtschaftsrats nicht zu bestritten. Mit diesem Urteil werden wir uns noch eingehend auseinandersetzen, wenn die schriftliche Beendigung in unseren Händen ist.

Nun aber zum Streit selbst und seine wahren Ursachen: Seit Wochen und Monaten wird die Arbeiterschaft der M.G.R. drangsalieren mit Arbeitslosigkeiten und Entlassungsdrohungen. Verhandlungen wegen Reklamationen werden tagtäglich geführt. Der B.R. kann sich überhaupt keiner andern Aufgabe mehr unterziehen. Tarifliche sind bei der Firma an der Tagesordnung. Vorne beim Vorstandsdienste werden besetzt, die jeder Beschäftigung ipso iure. Ein gewisser Dr. A., der als Dramantator aus Hamburg hergeholt wurde, betraute seine Hauptaufgabe in der Beendigung der Verdienste. Statt dem anzufangen mit dem Abbau überflüssiger Direktoren und Betriebsleiterstellen, ändert man den Arbeitern noch von ihren tatsächlichen Löhnen ab. Wie die M.G.R. ihre Leute entlohnt, dafür nur einige Beispiele. Dreher, Schlosser, Formner werden mit Stundenlohn von 65—85 Pf. abgeholt. Sind dies nicht Hungerlöhne im reinen Sinne des Wortes? Warum besteht die M.G.R. darauf, daß der B.R. Vorsitzende produktiv tätig sein soll? Wegen der Ermahnung der paar Stunden? Nein, nein, nur, daß er die Reklamationen der Arbeiter nicht mehr vertreten kann. Ruhe will die Direktion haben; das ist der Zweck des ganzen. Wenn eine M.G.R. die einer Belegschaft von 420 Mann sich vier Direktoren, einen Betriebsorganisator und noch die Anzahl Betriebsleiter, Inspektoren usw. leisten kann, ist es lächerlich zu glauben, ein paar hundert Betriebsratsstunden zu sparen. Da aber die abdrückte Arbeiterschaft der M.G.R. das einseitige Recht, ihre Reklamationen sofort andringen zu können, nicht noch oben drein setzen wollen, sich nehmen zu lassen, gab sie dem Vorsitzenden des G.G. Karlsruhe und der Direktion der M.G.R. die einzig richtige Antwort in der Arbeitslosigkeitsfrage. Daß die Arbeiterschaft der M.G.R. die Sympathie der Öffentlichkeit Meinung hat, ist bekannt. Wir werden aber der Definitivität noch mehr Material unterbreiten, um die notwendige Klärung zu schaffen. — Dies für heute.

Es lebe der Bürokratismus

Von einem Leser wird uns geschrieben: Vor einigen Tagen mußte meine Frau zu einer für solche Zwecke üblichen Zeit Lebensmittelleistungen besorgen. Die Kinder befanden sich in der Schule. So war niemand in der Wohnung. Als meine Frau nach etwa einer Stunde zurückkehrte, fand sie im Briefkasten einen konariengelassenen Zettel vor, auf dem folgende Zeilen standen:

Herrn Frau

Sie werden gebeten, am . . . um . . . Uhr vorm./nachm. zu Hause zu sein oder durch einen Bevollmächtigten im Hause den Zutritt zu Ihrer Wohnung zu ermöglichen, um den Stand des bei Ihnen aufgestellten Gasmessers, Wassermeßers oder Stromzählers ablesen zu können.

Zur Vermeidung von Weiterungen ersuchen wir Sie ferner, dafür zu sorgen, daß die Ablesungen künftighin ohne Verzögerung vorgenommen werden können.

Städtisches Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt.

Der erste Satz ist durchaus in Ordnung. Der Städtische Beamte bestimmte ganz mit Recht eine Zeit, in der er wiederkommen konnte, um seine Dienstgeschäfte zu erledigen. Wir wissen auch, daß ihm der Zutritt zum Städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt zur Erleichterung seiner Dienstgeschäfte mitgegeben wird. Daß aber derjenige Herr vom Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt, der den Zettel verfaßt, entweder wirtschaftsentrückt oder von einer Art stillen Größenwahns befallen ist, das zeigt der zweite Satz, der auf dem Zettel gedruckt steht: Zur Vermeidung von Weiterungen ersuchen wir Sie, ferner dafür zu sorgen, daß die Ablesungen künftighin ohne Verzögerung vorgenommen werden können.

Man beachte, welche Versicherung in dem Worte „künftighin“ liegt. Der Beamte bringt also in dem Zettel zum Ausdruck, daß man sehr unzufrieden darüber ist, niemand zu Hause getroffen zu haben und daß das in Zukunft nicht mehr vorkommen darf. O sancta Simplicitas!

In Wirklichkeit ist wohl so ungefähr die Woche eines jeden Monats bekannt, an welcher der städtische Beamte zum Ablesen erscheint, nicht aber der Tag. Praktisch bedeutet die im zweiten Satz ausgesprochene Forderung also nicht mehr und nicht weniger, als daß künftighin während dieser ganzen anfallenden Woche sich ganz bestimmt niemand von zu Hause entfernen soll, damit die wirtschaftsentrückte Maßnahme nicht gescheitert wird. Diese Forderung ist höchst unklar. Die Hausfrauen eines Stadtteils können nicht etwa eine ganze Woche lang nur deshalb ihre Wohnungen auch nicht auf eine halbe Stunde verlassen, nur damit sie zur Stelle sind, wenn vielleicht ein Beamter zum Ablesen erscheint. Der ganze Zettel drückt mit Recht viele Karlsruhe Einwohner, noch viel mehr Leute aber lachen über so viel veraltete Bürokratismus. Wenn man den Satz auf dem selben Zettel in diesem Zusammenhang liest, dann merkt man erst, daß Don Quixote nicht tot ist, sondern anscheinend einen Beamtenposten bei einer städtischen Amtsstelle bekleidet. Will man nutzbringende Arbeit leisten, dann kann dies nur durch entsprechende Organisation und nicht durch sinnlose Hinweise geschehen.

Colosseum. Wie aus dem Interatentell ersichtlich, findet am Samstag, den 26. Februar, eine Wiederholung des Ballets der bunten Tüte statt, der wiederum sehr nett und ungesungen zu werden verspricht, zudem keinerlei Toilettenzwang besteht und die Eintrittskarten, welche zur Vorstelluna gelöst sind, auch zur Teilnahme am Ball, welcher viele Ueberraschungen bringen wird, ohne Zuschlag gültig sind. Das verbreitete Publikum tut gut, Karten im Vorverkauf bei Meule, Ecke Waldstraße und Katerpassage, zu lösen. Die Polizeistunde geht bis zum frühen Morgen, weshalb sicherlich jeder Besucher auf seine Kosten kommt.

Gehenswürdigkeit. Im Laden der Südrüchthandlung Juan Font, Spanischer Garten (Kaiserstraße 227) ist eine echte Dattelpalme, reich bebängt mit den zur Ernte fast reifen Früchten, zu sehen. Der eigenartige Fruchtdehng ist sehenswert.

Kammer-Vischspiele. In den Kammer-Vischspielen wird ab heute das letzte große Faschingsprogramm abespielt, jedoch jedem Besucher des Theaters Humor und Witz geboten ist, wie es der Zeit entspricht. Buster Keaton der Cow-boy betritt sich das neueste Meisterwerk des berühmten amerikanischen Groteskomikers, der auch hier wieder mit seiner totersten Miene Luststürme bei den Zuschauern erweckt. Die Originalität des Films liegt darin, daß es gelungen ist, eine Kuh zu dressieren, welche sich in den kompliziertesten Kunststücken produziert, ebenso wirken 4000 fette amerikanische Kinder als Statisten mit. Eine Fikz und Parodie, die neueste Emelka-Wochenchau sowie ein Kulturfilm „Die Seele der Pflanzen“ beschließen das Programm.

Spende. Das Städt. Nachrichtenamt teilt mit: Herr Franzdirektor Heinrich Fels hat im Andenken an seinen verstorbenen Herrn Vater namens der Familie den Oberbürgermeister zum Besten der Armen der Stadt den Betrag von 500 RM. überreicht.

Das 40jährige Dienstjubiläum feierte am 19. Februar Herr Hofassistent Gotfried Meier beim Postamt 1 hier. Aus diesem Anlaß überreichte der Vorsteher des Postamts, Herr Oberpostdirektor Becker, dem Jubilar ein Anerkennungs schreiben seiner Behörde und sprach ihm auch im Namen der Oberpostdirektion den Dank für die in treuer Pflichterfüllung geleisteten Dienste mit den besten Wünschen für sein ferneres Wohlergehen aus.

Der angelegte Verkauf des Handelshofes. In der vor einigen Tagen in hiesiger Tageszeitungen abgedruckten Meldung über den Verkauf des Bad. Handelshofes an die Stadt. Sparkasse wird uns vom „Bad. Handelshof“ mitgeteilt, daß diese Meldung nicht zutrifft. Ein Verkauf hat nicht stattgefunden und demgemäß entspricht auch die als Verkaufspreis genannte Summe nicht den Tatsachen. Wir möchten hierzu nur bemerken, daß tatsächlich Verhandlungen stattgefunden haben und dabei die von uns erwähnte Summe eine Rolle spielte. Die Red.)

Karlsruher Volkzeitung vom 23. Februar

Gestohlen. In der Nacht zum 17. 2. 27 wurden im Stadtteil Kuppert aus einem Hofe nachbezeichnete Wäschstücke im Gesamtwert von 130 M. gestohlen und zwar: 14 Herrenhemden, darunter 3 Besierhemden, eines davon blau und weiß gestreift, 6 Trifolhemden mit Einfaßkraut, 1 blaues Sporthemd, 1 blaues Flanelhemd, 2 weißelne Hemden und ein weißes Trifolhemd, 3 weiße Leibtücher, circa 35 Taschentücher, teils weiß, teils gestreift, 3 Herrenstrickunterhosen, 1 graues und 2 weiße, 3 Damenhemden, davon eines weißelne und zwei wollene, 1 Trifoldecke rot und weiß kariert, 1 Küchenhülle, 2 Paar schwarze Damenstrümpfe und 7 Paar Herrensocken, ferner 6 Küchenhandtücher.

Mutwilliger Feueralarm. In der vergangenen Nacht kurz vor 2 Uhr wurde der Feuerwehler am Hause Amalienstraße 49 von einem unbekanntem Täter mutwillig alarmiert und die Feuerwehr alarmiert.

Feuer entstand am Montag vormittag in der Waschküche eines Hauses der Liebigstraße durch Herausfallen von Glut aus der Feuerung. Körbe mit Wäsche wurden angebrannt. Der Schaden beträgt etwa 250 M.

Veranstaltungen des heutigen Tages

Bad. Landestheater: „Der Barbier von Sevilla“, 9—10.30 Uhr.
Bad. Vichspiele (Konzerthaus): Wunderland des Nordens und Wüste am Meer. Nachm. 4 Uhr und abends 8 Uhr.
Colosseum: Gesspiel des Berliner Apollo-Theaters: Die bunte Tüte. Abends 8 Uhr.
Kammer-Vischspiele: „Ben Hur“, 3, 5, 7, 9 Uhr.
Palast-Vischspiele: Wädschenhandel. „Er“ ist nun mal so. Rund um die emige Stadt.
Kammer-Vischspiele: Buster Keaton als Cowboy. — Fikz und Parodie als Konterbühne. — Die Seele der Pflanzen.
Schlingengesellschaft: Kartenausgabe 6—9 Uhr. Versammlung 9 Uhr „Klapphorn“.

Bereinsanzeiger (siehe S. 6 u. 7) mehr Seiten
 10 Pf. die Zeile 50 Pf. die Zeile
 Berechnungsganglinien finden unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme, aber werden zum Anzeigenpreis berechnet.

Karlsruhe.
Gesang-Verein „Harmonie“ Gem. Chor. Heute Abend Eintritte im „Grünwald“. Dasselbe Ausgabe von Karten zum Musikabend. Auch die neuangemeldeten Sänger(innen) werden gebeten zu erscheinen. 1792 Der Vorstand.
M.R. Freitag, 25. Febr., abends 7 Uhr im „Friedrichshof“ (Saalzimmer) Versammlung für Arbeitlose und Notkardsarbeiter, die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes sind. Eintritt nur gegen Mitteilungsbeitrag. 1793

Durlach. Sozialdem. Partei. Freitag, 25. Febr., abends 8 Uhr, im „Lamm“ Mitgliederversammlung mit Vortrag des Gen. Duffe da u vom Landesvorstand. Die Mitglieder werden gebeten, vollständig zu erscheinen. Der Vorstand.

Hensel
 empfiehlt von soeben eingetroffener Waggonladung
Ausländisches frisches Kalbfleisch
 RM. 90 RM. 1.10
 wie gewachsen Bug u. Schielog per Pfund ausgab. per Pfd.
 Verkauf so lange Vorrat reicht!
 Verkaufsstellen:
 Kronenstr. 33 Amalienstr. 23
 Sofienstr. 99 Rudolfstr. 28
 1778

Wünscht gebrauchtes Dam.-u. Herrenrad
 Preisangebot unter Nr. 1792 an das „Volkstreuend“-Büro

Druckmaschinen
 aller Art liefert
 Wagners, Volkstreuend
 Vullenstr. 24

Gebrauchte Möbel
 jeder Art
 kaufen Sie fortwährend gut und billig bei
D. Gutmann
 Rudolfstr. 12
 Telefon 6608.
 Möbel jeder Art werden überzeit zu realen Preisen angekauft. 1777

1 Waggon Küchen
 neuester Modells zu höchsten Preisen eingetroffen. Vollständigste Zahlungs-Erleichterung 1776
Brüder w. & H. Bär
 Karlsruhe, Kaiserstr. 115
 Eingang Adlerstr.

Deutscher Schäferhund
 mit 1. Stammbaum zu verkaufen, auch als Polizeihund verwendbar. In ertragenen Eigenschaften
 Rheinstraße 12 1790

Ein ungewöhnlicher Fall von Ehrlichkeit



trug sich dieser Tage in einem hiesigen Lokal zu. War da einem Stammgast sein Paletot mit wertvollem Inhalt abhanden gekommen und an dessen Stelle ein weniger guter hängen geblieben. Der Verlierer glaubte, eine absichtliche Verwechslung annehmen zu müssen. Wie erstaunt war er aber, als am nächsten Abend sein Paletot an derselben Stelle hing, selbst der Geldinhalt seiner Brieftasche war unangefastet. Lediglich eine Schachtel

CASANOVA HAUSORDEN

Cigaretten zu 5 M
 fehlte und an deren Stelle fand sich ein Zettel, auf dem sich der unbekannt Verwechslter für den seltenen Genuss bedankte, den er sich sonst nicht leisten könne.

Karlsruher Bürgerausschuß

Erstellung eines 20 000 Volt-Umspannungswerkes in der Südstadt — Wertzuwachssteuer — Ausbau des Flughafens — Entwässerung und Gasfernverförgung der Stadt Ettlingen

Karlsruhe, 22. Febr. 1927.

Der Bürgerausschuß trat heute zusammen, um zu einer Reihe wichtiger Vorlagen Stellung zu nehmen. Im Mittelpunkt der Tagesordnung stand die Wertzuwachssteuer, die, wie die Verhandlung bewies, bei den bürgerlichen Parteien recht unbeliebt ist, denn sie will nichts mehr und nichts weniger als die unberechtigten und unbedeutenden Gewinne, die bei Käufen sich ergeben, etwas beschneiden und die hieraus entstehenden Beiträge der Allgemeinheit zuföhren. Die bürgerlichen Parteien können aber so etwas nicht vertragen, sie spielten sich auch heute wieder als die Schützer unbedeutender Einkommen auf, sie stimmten wohl für die den Richtlinien des Reichsgesetzes entsprechende Stadtratsvorlage, aber darüber hinaus ließ ihre Liebe zum kapitalistischen System nichts weiteres zu. Als nämlich ein Antrag der Sozialdemokraten, der auch von der R.P.D. unterstützt wurde, vorlag mit der Forderung, daß nicht nur die Inflationsgewinne der Wertzuwachssteuer unterliegen sollen, sondern alle Verkäufe überhaupt, das also eine allgemeine Wertzuwachssteuer eingeföhrt wird, da stimmten die Bürgerlichen zum Teil geschlossen dagegen, zum Teil (wie Zentrum und Demokraten) waren die Fraktionen gespalten. Der Antrag fand dennoch Annahme und wird in Wirklichkeit treten, wenn — der Stadtrat ihn gut heißt!

Die anderen Vorlagen verursachten keine allfällige Debatte. Ein Punkt, nämlich die Gasfernverförgung von Ettlingen, wurde in nichtöffentlicher Sitzung verhandelt, da, wie der Oberbürgermeister erklärte, es nicht angebracht sei, eine solche rein geschäftliche Angelegenheit in aller Öffentlichkeit zu beraten. Die Vorlage selbst fand Annahme.

Mit der üblichen Verpöpfung von über einer Viertelstunde eröffnete der Oberbürgermeister Dr. Finter die Sitzung am Abend um 7 1/2 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verlas die R.P.D. öffentliche Verhandlung der Vorlage über die Gasfernverförgung der Stadt Ettlingen. Der Vorsitzende betonte, daß man noch darauf zurückkomme.

Als erste Vorlage kam die Abhör der städt. Rechnungen für das Jahr 1925 zum Aufwurf. Die Vorlage wurde nach kurzer Debatte erledigt.

Erstellung eines 20 000 Volt-Umspannungswerkes (Station Süd) auf dem ehemals Billing u. Zoller'schen Anwesen an der Wilhelmstraße

Es handelt sich um die Errichtung eines 20 000 Volt-Umspannungswerkes auf dem Gelände der ehem. Billing u. Zoller'schen Fabrik an der Wilhelmstraße. Als Standort war vorher die Gegend des Bierordnbades angenommen, jedoch ist man davon abgetrennt, da der Wunsch nach der Errichtung einer neuen Schwimmhalle im Bierordnbad erhoben worden ist. Das Borterbäude umfaßt im Kellerbereich die Räume zur Unterbringung einer Hochspannungstransformation, einer Akkumulatorkategorie, die Zentralheizungsanlage, sowie zwei Keller, im Erdgeschloß den Aufzugsraum, die Gleichrichteranlage für die Straßenbahn, die Gleichstromhalbanlage, Büro- und eine Werkstatt. Das erste und zweite Obergeschloß sollen noch Platz für je eine Wärmehaube bieten. Außerdem ist ein Querbau vorgesehen, der die verschiedensten Einrichtungen des Umspannungswerkes enthält. In der Hauptsache soll der Strom in einer Spannung von 20 000 Volt dem Umspannungswerk zugeföhrt und dort auf 4000 Volt umgespannt werden, um dann nach den Speisepunkten bei der Markgrafenschule und im Tiergarten geleitet zu werden. Weiterhin wird eine Gleichstromanlage untergebracht, welche den Drehstrom in Gleichstrom umwandelt und zur Speisung des Straßenbahnnetzes dient.

Im Auftrage des Stadtratsvorstandes wünschte Stadtr. Wild (Str.), daß der Durchgang der Wilhelmstraße nach der Kriegsstraße bald bewerkstelligt werden möge. Mit der Vorlage selbst sei der Stadtratsvorstand einverstanden. Der Ettlingertorplatz sollte bald bebaut werden, wobei die Stadtverwaltung den Anfang zu machen habe.

In der Aussprache verlangte Stadtr. Klingensfuh (W. B.) getrennte Vergabe der Arbeiten an hiesige Firmen, ist im übrigen mit der Vorlage einverstanden. Im selben Sinne sprach sich Stadtr. Schneider (Zentr.) aus. Oberbürgermeister Dr. Finter erwähnte, daß noch kein Beschluß über die Vergabe der Arbeiten gefaßt sei, aber im Erwägungen sei man eingetreten, die Arbeiten im Ganzen im Interesse der Billigkeit zu vergeben. Selbstverständlich sei, daß das hiesige Handwerk berücksichtigt werde. Stadtr. Baumann (Dem.) wünschte, daß der Spielplatz der Händelschule erhalten bleiben möge. — Stadtr. Bauer (R.P.D.) verlangt die Erstellung des Werkes in städtischer Regie. Die Vorlage fand einstimmige Annahme.

Wertzuwachssteuer

Hierzu liegt eine Vorlage vor, wonach als steuerpflichtiger Wertzuwachs derjenige Betrag gilt, um den der Erlös für das Grundstück dessen Gesehungssollen übersteigt. Die Steuer erstreckt sich für Eigentumsübergänge vor dem 1. Januar 1919 oder nach dem 31. Dezember 1924. Bei einer ganzen Reihe von Fällen ist Steuerfreiheit in Aussicht genommen, z. B. beim Erwerb von Todes wegen, bei Schenkungen unter Lebenden, bei der Begründung, Verringerung, Fortsetzung und Aufhebung der ehelichen Gütergemeinschaft, bei der Veräußerung an Abkömmlinge und Eltern oder zwischen Ehegatten usw. usf. Weiter sind von der Steuer befreit das Reich, das Land und die Gemeinde sowie in den Satzungen näher bezeichnete Personen, Vereinigungen. Der Steuerfuß beträgt bei einer

Eigentumsdauer bis zu drei Jahren 25 Prozent des Wertzuwachses, von mehr als drei Jahren bis zu vier Jahren 20 Prozent, von mehr als vier Jahren bis zu 5 Jahren 15 Prozent. Bei längerer Eigentumsdauer vermindert sich der Steuerfuß für jedes angefangene weitere Jahr der Besitzzeit um 1 Prozent, er beträgt jedoch mindestens 10 Prozent. Aus Billigkeitsgründen kann der Stadtrat die Steuer auf Ansuchen ganz oder teilweise nachlassen oder in geeigneten Fällen stunden oder Teilzahlungen bewilligen.

Bürgermeister Dr. Klein Schmidt gab einen kommunikativen Antrag auf Erhöhung der Sätze bekannt. Ein sozialdemokratischer Antrag verlangt die Streichung des Satzes „bis 31. Dezember 1924“ so daß also auch die nach dem 31. Dezember geföhrteten Verkäufe, mitbin nicht nur Inflationsverkäufe, der Wertzuwachssteuer unterliegen. Die beiden Anträge wollen über die reichsgesetzlichen Bestimmungen hinausgehen.

Stadtr. Wild (Str.) sprach sich im Namen des Stadtratsvorstandes für die Vorlage aus. Er glaubt, daß durch eine zu hohe Wertzuwachssteuer das Wohnen auch teurer werde. Man habe ja noch die Grundbesitzsteuer, auf die man Zuschläge erheben könne.

Stadtr. Dr. Haus (Str.) hält die Wertzuwachssteuer für gerecht, glaubt aber auch wie der Stadtr. Wild, daß der Markt bereits verlaufen sei und die Steuer deshalb nicht viel einbringe. Da die Steuer nun geschaffen, müsse man der Vorlage eben zustimmen. Stadtr. Dr. Frommherz (W. B.) sprach sich trotz verschiedener Bedenken für die Vorlage aus. Er wünschte, daß ein Teil der Wertzuwachssteuer dafür verwendet werde, um den Anleihegläubigern mehr wie 2 1/2 Prozent Aufwertung zu geben und bedürftigen Kleinrentnern eine Unterstüßung zu gewähren. Stadtr. Hermann (Kaufm.) sprach sich für die Vorlage und den sozialdemokratischen Antrag aus und stimmte auch seinem Vordredner zu.

Stadtr. Dr. Engler (Soz.):

Wir hätten es begrüßt, wenn die Vorlage schon früher gekommen wäre. Wenn man wie Stadtr. Wild die Wertzuwachssteuer ablehnt, weil sie verteuern wirken kann, so muß man auch die Grundbesitzsteuer ablehnen. Man muß die Wertzuwachssteuer vom sozialen und steuerrechtlichen Standpunkt aus beurteilen. Es handelt sich doch nur um die Bewehrung eines unbedeutenden Wertzuwachses. Wenn man sagt, der Markt sei verlaufen, so würde dies auch auf die Grundbesitzsteuer zutreffen. Aber diese Ausrede kam noch immer, sobald die Wertzuwachssteuer zur Erwöhrung kommen sollte. Diese Steuer wirkt nicht verteuern, sondern im Gegenteil nicht hemmen. Wir verlangen auch die Streichung der Worte „bis 31. Dezember 1924“ deshalb, weil es sich gerade um kurzfristige und geminnbringende Verkäufe handelt. Wer eine gesunde Bodenpolitik will, muß dies in der Praxis betätigen und deshalb auch für unseren Antrag stimmen.

Stadtr. Kehler (Dem.) stimmte dem Vordredner zu und führte, wie dies schon Stadtr. Hermann tat, die Kaufsache mit dem Handelslosh an, die bekanntlich nicht zum Abschloß kam. Stadtr. Bauer (R.P.D.) trat ebenfalls energhisch für die Wertzuwachssteuer ein. Schon vom 1. Juli 1914 an sollte die Wertzuwachssteuer in Kraft treten. Für die Deutsche Volkspartei sprach Stadtr. Deines. Er meinte — trotzdem seine Partei der Vorlage zustimme — daß erneut wieder Ursache unter die Bürgerlichkeit gekommen sei. Die Deutsche Volkspartei spricht bekanntlich immer von Beunruhigung, wenn es dem Beisn an den Fragen geht.

Der Oberbürgermeister erklärte bezüglich des sozialdemokratischen Antrages, daß dadurch Schwierigkeiten entstehen könnten, daß bei Annahme des sozialdemokratischen Antrages durch den Bürgerausschuß der Stadtrat ihm doch aber damit auch die Vorlage ablehnen könnte. Er schloß deshalb vor, daß wenn der Stadtrat den sozialdemokratischen Antrag ablehne, die stadträtliche Vorlage als angenommen gilt. Stadtr. Dr. Engler (Soz.) entgegnete, daß es damit dem Stadtrat doch zu bequem gemacht sei. Nach weiterer Debatte über den anzuwendenden Modus erfolgte die Abstimmung. Für die Einführung der Wertzuwachssteuer stimmte die ganze Versammlung. Der sozialdemokratisch-kommunistische Antrag der eine Ausdehnung der Steuer über die Inflationszeit, also über den 31. Dezember 1924 hinaus verlangt, wurde sodann in namentlicher Abstimmung mit 46 gegen 41 Stimmen angenommen. Geschloßen stimmten für den Antrag die Antragsteller, R.P.D. und die Aufwertungspartei. Das Zentrum und die Demokraten waren gespalten, wofür die Deutschen (Wärnervereinigungen) und die Deutsche Volkspartei — darunter auch der Straßenbahnbauer Antoni — dagegen stimmten.

Errichtung einer weiteren planmäßigen Gewerbelehrerschule an der Gewerbeschule

Eine der zwei außerplanmäßigen Gewerbelehrerstellen soll nun in eine planmäßige umgewandelt werden, jedoch nur noch eine außerplanmäßige vorhanden ist.

Stadtr. Denny (W. B.) und Wiffler (Bürgerdem.) wünschten, daß die Bäder- und Metzgerlehrlinge ebenfalls die Gewerbelehre besuchen sollten. — Die Vorlage fand sodann einstimmige Genehmigung.

Grundstückserwerbungen

Die Vorlagen enthalten eine Reihe von Grundstückserwerbungen im Knieleiner Feld, Ruppurrer Feld, im Knieleiner Feld und im Stadtgebiet.

Eine weitere Vorlage sieht den Verkauf eines Teils des städt. Grundstücks an der verlängerten Huttenstraße im Stadtteil Knieleim vor. Es handelt sich um 10 Quadratmeter zum Preise von 4 RM. für den Quadratmeter.

Beide Vorlagen wurden debattelos angenommen.

Erwerb und Verkauf von Straßengelände

Zum Bau der Herrenalberstraße (Schloß Ruppurr bis neues Viertel in Grob-Ruppurr) erwirbt die Stadt Gelände

von der Gartenstadt, sowie vom Landesfiskus. Die Gartenstadt tritt das Gelände (60 Quadratmeter) unentgeltlich ab, während der Landesfiskus (2980 Quadratmeter) 80 Pfg. für den Quadratmeter erhält. Der Bau der Herrenalberstraße stößt auf Schwierigkeiten durch die angrenzenden Grundstückseigentümer. Zum Ausbau der Huttenstraße braucht die Stadt vom Landesfiskus 727 Quadratmeter, für die er pro Quadratmeter 50 Pfg. erhält. Weiter soll die Zepelinstraße in Grünwinkel verbreitert werden. Um dies zu ermöglichen, bedarf die Stadt Gelände von der Firma Sinner (110 Quadratmeter), die ihr schenkungsweise überlassen werden. Die Stadtgemeinde verkauft an den Landesfiskus ein Grundstück von 57 Quadratmeter in der Lebrichstraße in Ruppurr zum Preise von 50 Pfg. für den Quadratmeter.

Die Vorlage fand einstimmige und debattelose Genehmigung.

Ausbau des Karlsruher Flughafens

Die Vorlage sieht die Erstellung eines Verwaltungsgeländes auf dem Karlsruher Flughafen vor. Die Forderung wird darin begründet, daß das heutige Verwaltungsgebäude mit seinen drei Räumen nicht mehr genügt, denn neben der örtlichen Verwaltung des Flugplatzes gehören die polizeiliche Flugwache, Postfiliale, Flugwarte und Kundendienst zu den Einrichtungen des Flughafens. Die bisherigen Räume sind also ungenügend und der Stadtrat hat deshalb beschlossen, ein neues größeres Verwaltungsgebäude mit einer Bodenfläche von insgesamt 280 Quadratmeter und 10 Räumlichkeiten zu ebener Erde zu erstellen. Die Kosten belaufen sich auf rund 28 000 M., wovon ein Teilbetrag von 7200 M. aus Erparnissen, die bei Gewährung von Subventionen für den Luftverkehr für das Jahr 1926 gemacht werden konnten, bestritten wird, während der Restbetrag dem für solche Zwecke gewährten Darlehen des Reichsverkehrsministeriums entnommen wird.

Im Namen des Stadtratsvorstandes und seiner eigenen Partei trat Stadtr. Dr. Lang (W. B.) für die Vorlage ein. In der Debatte verlangte u. a. Stadtr. Niedinger (R.P.D.) die Liquidierung der Badisch-pfälzischen Luftkassa. Die Stadt müsse so viel wie möglich versuchen, wieder zu ihrem Geld zu kommen. Seine Partei sei gegen die staatliche und gemeindliche Unterstüßung. Stadtr. Dr. Haus (Str.) gab nähere Aufklärung. Das letzte Jahr habe einen Gewinn abgeworfen. Die Abstimmung ergab die Annahme der Vorlage gegen die R.P.D.-Stimmen.

Entwässerung der Stadt Ettlingen

Nachdem die Stadt Ettlingen durch Gemeindefestbeschlüsse den Bau einer eigenen Schwemmkanalisation verzichtet hat und dafür den Anschloß an der Karlsruher Sammelkanal beschlossen, hat nun auch der Karlsruher Bürgerausschuß zu der Sache Stellung genommen. Bekanntlich sah das Ettlinger Projekt die Führung des Kanals nach dem Scheibenbader Wald vor und Karlsruhe erhob dagegen Einspruch, um zu verhindern, daß in nächster Höhe des neuen Karlsruher Wasserwerkes Abwässer der Stadt Ettlingen zur Verleistung gebracht werden. Weiterhin war es notwendig, die nach dem Generalschaublauplan für Erholungsweide vorbereiteten, mit landwirtschaftlichen Schönheiten wohl ausgestatteten Wald- und Wiesengelände zwischen Alb und Scheibenbader vor einer Anlage zu bewahren, die nach ihrer ganzen Art die natürliche Nutzung des genannten Gebietes unmöglich gemacht haben würde. Schließlich konnte auch nicht ausfallen werden, daß der Anschloß der Alb durch die Regenwasserleitungen der Ettlinger Kanalisation und Ablauf aus der abgehängten Kläranlage immer wiederkehrender Verformung auszuliefen. Die Stadtgemeinde Ettlingen sah sich zu Verhandlungen bereit mit dem Ergebnis, daß die Ettlinger Abwässer in die städt. Kanäle aufgenommen werden. Der 2. in dem Bau betreffende Ruppurrer Sammelkanal wird bis zur Gemeindegrenze geföhrt, jedoch der Anschloß nach Ettlingen ohne weiteres durchgeführt werden kann. Die Stadt Ettlingen hat für den Bau des Sammelkanals dieselben Kosten aufzubringen, wie wenn es eine eigene Schwemmkanalisation durchgeführt hätte. Allerdings entsteht auf der Karlsruher Gemarkung zu Lasten von Karlsruhe beim Bau des Sammelkanals höhere Kosten, wie sie ohne die Aufnahme der Ettlinger Abwässer entstehen würden. Diese Mehrkosten sind auf 48 000 M. veranschlagt. Die Arbeiten werden als Kooperationsarbeiten durchgeführt.

Der Stadtratsvorstand ließ durch seinen Sprecher Stadtr. Wild (Str.) sein Einverständnis mit der Vorlage erklären. Diefelbe Erklärung gab er für die Zentrumspartei ab. Die Vorlage selbst fand Annahme.

Als letzter Punkt kam die Gasverförgung von Ettlingen durch Karlsruhe zur Beratung. Das Haus beschloß gegen die Stimmen der R.P.D., daß die Beratung in nichtöffentlicher Sitzung stattfinden soll. Die Vorlage selbst fand jedoch Annahme.

Briefkasten der Redaktion

Hollersch 100. Das L.B.A. Köln ist nicht an eine unrichtige Berechnung eines anderen L.B.A. gebunden, falls eine unrichtige Berechnung vorliegen sollte. Handelt es sich bei der Anrechnung durch das L.B.A. Karlsruhe tatsächlich um ein allgemeines Dienstverhältnis, oder betraf diese Anrechnung nicht etwa das Besoldungsverhältnis? Wenn Sie an der sachlichen Richtigkeit der ungenügenden Entlohnung zweifeln, dann wird es zweckmäßig sein, nach Beratung durch Ihre Berufsorganisation höhere Entlohnung herbeizuföhren.

Zeithorn. 1. Seitens der Behörde wurde seinerzeit vor dem Beitritt gewarnt. Wie es jetzt mit der Gesellschaft steht, wissen wir nicht. 2. Die gewünschte Adresse heißt: Bauparlasse „Gesellschaft der Freunde“, Wälfertstr.

„Eckehard“ von Josef Viktor von Scheffel, eine Geschichte aus dem 10. Jahrhundert wurde von dem Autor 1857 geschrieben. Das Werk gehört mit zu seinen bedeutendsten Leistungen und ist heute immer noch als eine gute Literatur anzusehen. Unsere Kollektbuchhandlung ist in der Lage, diese 500 Seiten umfassende Geschichte zum Preise von 1,30 M. zu liefern, abgeben zu können. Alle Parteigenossen und Leser unserer Zeitung sollten sich diese Gelegenbeit nicht entgehen lassen. Bei größerem Bezug von 1.—M. an. Nach auswärts Portoberechnung.



Knorr

Kikeriki Eier-Maccaroni

fein im Geschmack, reich an Eiweiß, stark quellend, daher ausgiebig.

Anmerkung: Man beachte genau die sämtlichen Paketen aufgedruckte Kochvorschrift.

Südstadt-Markthalle

Ausnahmetage in Orangen / Mandarinen / Zitronen

Corrento-Orange (Neapler)
per Pfd. 25 Pfg., 4 Pfd. 90 Pfg.

Calabrese-Orangen
per Pfd. 28 Pfg., 4 Pfd. 1.- RM.

Catania-Blond-Orangen
4 St. 20 Pfg., per Dgd. 55 Pfg.
3 St. 20 Pfg., per Dgd. 70 Pfg. usw.

Catania-Blau-Orangen
3 St. 20 Pfg., per Dgd. 70 Pfg.
3 St. 25 Pfg., per Dgd. 90 Pfg. usw.

Paterno-Blond-Orangen
3 St. 20 Pfg., per Dgd. 70 Pfg.
3 St. 25 Pfg., per Dgd. 90 Pfg. usw.

Paterno-Blau-Orangen
d. St. 10 Pfg., d. Dgd. 1.10 RM.
4 St. 20 Pfg., d. Dgd. 1.35 RM.
bis zu den besten

Spanische Valencia-Blond-Orangen
per Pfd. 30 Pfg., 3 Pfd. 85 Pfg.

Marela-Blond-Orangen
per Pfd. 35 Pfg., 3 Pfd. 1.- RM.

Marela-Blau-Orangen
p. Pfd. 40 Pfg., 3 Pfd. 1.10 RM.

Zitronen
5 St. 20 Pfg., per Dgd. 45 Pfg.
4 St. 20 Pfg., per Dgd. 55 Pfg.
3 St. 20 Pfg., per Dgd. 70 Pfg.

Mandarinen beste Qualität
Paterno extra
1 Pfd. 50 Pfg., 3 Pfd. 1.40 RM.

Gier
garantiert feinste Feinfeier
per St. 11 Pfg., 10 St. 1.05 RM.
per St. 12 Pfg., 10 St. 1.15 RM.
per St. 13 Pfg., 10 St. 1.25 RM.
per St. 14 Pfg., 10 St. 1.35 RM.
per St. 15 Pfg., 10 St. 1.45 RM.

Stets frisch eintreffend

franz. Kopfsalat
französischer Endivienalat
sowie sämtliche Gemüse

Spezialität Italiener
Blumenkohl
per Stüd. 20, 30, 40 Pfg. usw.
bis 75 Pfg.

Täglich frisch eintreffend 1788

Kieler Süßbücklinge und Sproffen
sowie alle Sorten

Offsee- u. Nordsee-Feinmarinaden

Ecke Baumeister- und Marienstr.

KAMMER-LICHTSPIELE

Kaiserstraße 155 / Telefon 3003 / Haltestelle Hirschstraße

zeigt ab heute:
Das letzte und beste
Faschingsprogramm
Der bekannte amerikanische Grotteskomiker
Buster Keaton
als **Cowboy**
7 Akte Lachens ohne Ende 1789

Neueste **Emelka-Wochenschau**
sowie
Fix und Fax als Logierbesuch
Kulturfilm: Die Seele der Pflanzen

Beginn der Vorstellungen 8³⁰, 5, 7 und 9 Uhr
Nachmittags Jugendliche

Resi Waldstr.

Einlaß nur zu den Anfangszeitern:
300, 500, 700, 900 Uhr

Geschlossene Vorstellungen!

BEN HUR

Nach dem unsterblichen Roman von Lew Wallace

Abermals seit
vergangenem Samstag nochmals
neuer Bildstreifen!

Um Klein- u. Sozialrentnern sowie
Arbeitslosen den Besuch dieses
Weltfilms zu ermöglichen zeigen
wir denselben bis einschl. Freitag
trotz der enormen Kosten
zu kleinen Preisen

Zu den Vorstellungen 3-5 u. 5-7 Uhr
Parterre 0.50 Parkett 0.80
Rang Balkon 1.00 Logen 1.50

Zu den Vorstellungen 7-9 u. 9-11 Uhr
Parterre 0.80 Parkett 1.00
Rang Balkon 1.50 Logen 2.00 u. 2.50
Kasseneröffnung 2 Uhr.

Soweit noch Karten vorhanden,
können dieselben vor Beginn einer
jeden Vorstellung gelöst werden.

Vorverkauf täglich vormittags 11 Uhr
bis 1 Uhr und ab 2 Uhr für jeden ge-
wünschten Tag und Vorstellung.

Ab nächsten Samstag
„Unsere Emden“
in Erstaufführung.

NORDDEUTSCHER LLOYD
Bremen

einzig deutsche Linie, die Reisende
und Auswanderer direkt nach

CANADA

befördert. Auskunft erteilt:
In Karlsruhe: Lloyd-Reisebüro Goldarb, Kaiserstr. 181.
Ecke Herrenstr. in Baden-Baden: Lloyd-
Reisebüro W. Langguth, Lichtentalerstr. 10. Café Zabler

Colosseum

Täglich 8 Uhr, Sonntags 4 und 8 Uhr

„Die bunte Tüte“

Kommenden Samstag auf allgemeinen Wunsch nach Schluß
der Vorstellung Wiederholung des so gut gelungenen
„Bunte Tüten-Balles“
Unter Mitwirkung des gesamten Ensembles.
Große Überraschungen! 1740

Es wird gebeten Karten im Vorverkauf zu lösen!

Badisches
Landestheater
Mittwoch, 23. Februar
8 18 Uhr - Gem. 1201 1300

Der Barbier von Sevilla

von Rossini.
Musikalische Leitung:
Joh. Krips.

In Szene gesetzt v. O. Strauß
Almabilla Eug. Schuster
Barolo von Ernst
Kofine von Ernst
Dankl Dr. Wunderpferding
Figaro Hermann
Fiorello v. der
Marzeline Wanda
Ambrasio Kleinbub
Chiffre Renno

Anfang 8 Uhr
Ende 10 1/2 Uhr.
L. Sperrst. 7.- Mart.

Donnerstag, 24. Februar
zum ersten Mal
„Der guttische Frau“.
Freitag, den 25. Februar
„Die Fledermaus“.

Schützengesellschaft
Karlsruhe e. V.
Gegr. 1721

Heute Mittwoch, 23. Februar 1927
abends 6-9 Uhr
im „Stapphorn“, Amalienstraße Nr. 14 a

Karten-Ausgabe für den Schützenball an Mitglieder

gegen Angehörigkeitsausweis
ab 9 Uhr ebenfalls im „Stapphorn“
(oberer Saal)

Versammlung

Thema: 18. Deutsches Bundesfest in München

Es ist dringend notwendig, daß an diesem
Abend alle an der Fahrt nach München
teilnehmenden Mitglieder anwesend sind,
damit sie alles Nähere erfahren.

Der Verwaltungsrat

Zur gef.

Kenntnisnahme!

Neben meinem guteingeführten großen
Musikalien-Lager
und **Antiquariat**
habe ich noch eine
**Sprechmaschinen-
und Grammophon-
Abteilung** angegliedert.

Gutsortiertes Lager folgend:
Platten
Grammophon / Parlophon / Vox

Musikinstrumente

aller Art 1779

FR. DOERT

Gegr. 1847 Hofmusikalienhdlg. Gegr. 1847
Kaiser-, Ecke Ritterstraße

Badische Lichtspiele
Konzerthaus

Heute nachm. 4 und abends 8 Uhr

Letzte Vorführung

Wunderland des Nordens

und
Wüste am Meer

Vorverkauf: Musikhaus Fritz Müller
Kaiserstraße 1781

Leitet
den **Volksfreund!**

Pfannkuch

Preiswert:
Gut durchwachsen,
bayerisches

Rauchfleisch

ohne Ribben
Pfd. 1.75 RM.

Blockwurst

prima harte Ware
Stück 2.- RM.

frische
Frankfurter
Würstchen
3 Paar 1.15 RM.

Münchener
**Gemüse-
salat** 1.60 RM.

1 Pfd. 70 Pfg.

Feinkost

in Weinläge
1 Pfd. 1.05 RM.

Doje

Pfannkuch

Pädagogium neuheim Heidelberg

Gymnas. u. Realklassen. Sexta bis Reifeprüfung. Sport. Gute Verpflegung.

Allmähliche Bekanntmachungen

Mit Zustimmung des Stadtrats und nach Nachbarschaftsentscheidung des Herrn Sanitätskommissärs vom 10. Februar 1927 wird die Bauordnung für die Landeshaupstadt Karlsruhe vom 29. März 1912 wie folgt geändert:

In der Anlage I. Straßenverzeichnis zu § 106 der Stadt Bauordnung wird an der durch die alphabetische Reihenfolge gebotenen Stelle eingelegt:

Straße	Straßenbreite	Fläche	Hohe
Kriegstraße nördliche Seite	zwischen Rörner- und Belgienstraße	7	
	zwischen Belgien- und Dorfstraße	6	
jüdische Seite	zwischen Eisenlohr- und Diebstraße	7	
	zwischen Dieb- und Ebertstraße	6	
Dorfstraße östliche Seite	von Deimbrennerstraße bis Haus Vorstr. 53 (einschl.)	7	
	zwischen Haus Vorstr. 53 und Kriegstraße	6	

Karlsruhe, den 21. Februar 1927. 1720
Der Oberbürgermeister.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt für Herrschaftshäuser und bürgerliche Familien hier und auswärts bei guter Bezahlung tüchtige
Alleinmädchen, Zimmermädchen, Dienstmädchen und Köchinnen,
Arbeitsamt für den Vermittlungs-Bezirk Karlsruhe
Frauenabteilung, Gartenstraße Nr. 53. 719

Damenrad, gut erhalten 45.-
Herrenrad, gut erhalten 35.-
Nähmaschine (hart) 65.-
Emaillierd., wie neu 65.-
Neue Fahrräder, Nähmaschinen und Herde laufend billig, event. auf Teilzahlung abzugeben. 1791

Rummann, Zähringerstraße 46.

Durlacher Anzeigen.

Brennholz-Versteigerung.

Die Stadt Durlach versteigert am Donnerstag, den 24. Februar d. J., vormittags 9 Uhr

62 Ster weiches Scheit- und Prägelnholz von den Wiesen- und Weppeln beim Faselhof in Aue, und

82 Ster weiches Scheit- und Prägelnholz aus Dillitz 1 1/2 Oberwald. 723

Sämtliches Holz wird auf dem Platze beim Faselhof in Aue ausgebaut.

Durlach, den 22. Februar 1927.
Der Oberbürgermeister.

Bruchsal

Am Fastnachtstienstag abend 7 Uhr
großer Harmonie-Maskenball
im „Bürgerhof“ Bruchsal

Eintrittskarten im Vorverkauf zu 1.50 Mk. bei Heinzel u. Hofmeister. An der Abendkasse 2 Mk.

Tanz frei! Tanz frei!
Mitglieder können ihre Eintrittskarten a 1 Mk. bis Montag abend im Vereinslokal „zum Ritter“ abholen. 20

Karlsruher Frühjahrs-Pferdemarkt
am Montag, den 21. März 1927 von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 4 Uhr in der ehemaligen Esslinger Kaserne 722
Städtisches Schlacht- und Viehhofamt

Schlaf- Speise- und Herren-Zimmer

in reichhaltigster Auswahl modernsten Formen zu billigst. Preisen u. weitgehender Zahlungs-Erleichterung.

Brüder W. & H. Bär
Karlsruhe Kaiserstr. 115
Eingang Adlerstr.

Die **Gesellschaft**
INTERNATIONALE REVUE FÜR SOZIALISMUS UND POLITIK
Herausgegeben von Dr. Rudolf Hilferding
Monatlich 1.50 RM.
Zu beziehen:
Volksbuchhandlung Karlsruhe
Adlerstraße 43
Telefon 3701

Plakate

aller Art liefert rasch und billig
Verlagsdruckerei
Volksfreund G.m.b.H.
Luisenstr. 24, Telefon 128

Pfannkuch
Delikatess
**Sauer-
kraut**
Weingärten
Pfd. 12 Pfg. 1787

frische
Frankfurter
Würstchen
3 Paar 1.15 RM.

Neue **Malta-
kartoffeln**
Pfd. 22 Pfg.
3 Pfd. 65 Pfg.

Pfannkuch

Pfannkuch
Preiswert:
Gut durchwachsen,
bayerisches

Rauchfleisch
ohne Ribben
Pfd. 1.75 RM.

Blockwurst
prima harte Ware
Stück 2.- RM.

frische
Frankfurter
Würstchen
3 Paar 1.15 RM.

Münchener
**Gemüse-
salat** 1.60 RM.

1 Pfd. 70 Pfg.

Feinkost
in Weinläge
1 Pfd. 1.05 RM.

Doje

Pfannkuch